

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 8 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grampenstr. 5/8,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abrechnungsbogen
besteht für die ständige
Kolportage über deren Namen
25 Pfennige
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Versammlungs-Kosten
15 Pfennige
Kontingente 25 Pf.
Interate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 23.

Breslau, Freitag, den 27. Januar 1911

22. Jahrgang.

Großgrundbesitzer und Landarbeiter.

Bei der Beratung des Stats für das Landwirtschaftsministerium hat Genosse Leinert am Dienstag im preußischen Abgeordnetenhaus eine Rede gehalten, die wegen ihrer treffenden Schilderung der Zustände auf dem Lande größere Beachtung verdient. Zu dem Vertreter von Mittelschlesien, dem konservativen Herrn von Kessel, gewandt, führte Genosse Leinert aus:

Herr v. Kessel hat behauptet, daß die Rentabilität der Landwirtschaft nur 2,7 Prozent betrage. Nach den wirtschaftlichen Ergebnissen der Romänen aus dem Jahre 1901 ist die Zahl allerdings. Inzwischen sind die Werte doch aber bedeutend gestiegen, wie auch die amtliche Denkschrift feststellt, die auch betont, daß die Rentabilität privater Betriebe damit nicht zu vergleichen ist. In der Tat haben die Großgrundbesitzer so glänzende Zeiten wie jetzt noch nicht gehabt, sie haben geradezu unberechtigte Einnahmen durch die Zollpolitik gehabt. Daß nicht wieder die starke schutzöllnerische Mehrheit in den Reichstag einzieht, hoffe wir allerdings und werden das unserige dazu tun. (Bravo! bei den Soz.) Seiner Zeit führte man die hohen Zölle ein, damit, wie man sagte, die Löhne der Arbeiter erhöht werden könnten. Das ist aber nicht geschehen. (Widerspruch rechts.) Man sucht die Zeit der Ernte nach Möglichkeit zu beschranken, um an Löhnen zu sparen. Die Statistik beweist, daß die Armut auf dem Lande größer ist, während es auf dem Lande mehr Leute gibt, die mehr als 6000 Mark Vermögen haben. Die Leute mit unter 900 Mark Einkommen sind ausschließlich die ländlichen Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch eine Statistik der „Deutschen Agrarzeitung“ beweist dies. Die Vermögenssteuerveranlagung auf dem Lande weist seit 1901 einen ständigen Aufschlag auf; das Einkommen ist seitdem gestiegen um 97 Millionen Mark. 66 Prozent der hauptberuflich in der Landwirtschaft Beschäftigten waren steuerfrei. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Ertrag pro Hektar ist enorm gestiegen, was natürlich namentlich den Großgrundbesitzern zugute kommt. 19.000 Großgrundbesitzer haben mehr als den vierten Teil der gesamten bebauten Fläche im Besitz, 2½ mal so viel als 2.600.000 Besitzer bis 5 Hektar. Wir müssen also eine Herabsetzung der Zölle verlangen, damit das Volk billiges Brot bekommen kann. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind seit 1902 außerordentlich gestiegen. (Widerspruch rechts.) Das beweisen die statistischen Nachweisungen der Regierung selbst. Redner führt die einzelnen Zahlen aus der Statistik an. In den letzten drei Monaten 1909 war der Preis für Roggen und Weizen bei uns erheblich teurer als im Ausland. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf die Bäder können Sie die Schuld an der Teuerung nicht abgeben. Nach Professor Vrentano ist das Brotgetreide durch die Zölle um 800 Millionen verteuert worden, nach meinen Berechnungen beträgt die Verteuerung mindestens 300 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Von all diesen Vorteilen der Zollpolitik haben die Arbeiter nichts gehabt. Die ländlichen Wohnungen sind nach den Berichten der Kreisärzte noch immer sehr traurig, sogar Neubauten sollen nach diesen Berichten infolge der Vereinigung von Stallraum und Wohnungen vielfach hygienisch unbrauchbar sein. (Lachen rechts.) Das sind amtliche Berichte, die durch Ihre Lachen nicht widerlegt werden. Ihre Lachen beweist nur, daß Sie für diese Fragen kein Verständnis haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Am dürtigsten sind nach diesen Berichten die Unterkunftsräume für die ländlichen Diensthoten. Die Gefindeordnung feiert jetzt ihr 100jähriges Jubiläum. Welche Summe von Elend und Unterdrückung hat sie in dieser Zeit verschuldet! (Sehr wahr! bei den Soz.) Dazu kommt das Kontraktbruchsgezet von 1854, das den Landarbeitern in Preußen die Möglichkeit, sich durch Koalition höhere Löhne zu erringen, vollständig nimmt. Erfreulicherweise hat der Minister erklärt, diese Materie gehört vor den Reichstag. Dort hat ja glücklicherweise das Agrarierum nicht die Mehrheit wie hier. Mit den Äußerungen des Herrn Mager zu dieser Frage steht die sonstige Haltung der Nationalliberalen in Arbeiterfragen nicht in Einklang. Durch das Gesetz von 1854 und die Gefindeordnung sind die Landarbeiter zu Seloten herabgedrückt. (Lachen rechts; Sehr wahr! bei den Soz.) Dabei werden diese Gesetze äußerst schändlich durchgeführt. Ein Landarbeiter wurde wegen Kontraktbruch angezeigt, ihm wurde eine Lohnherabsetzung von einigen Pfennigen verweigert worden. Er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt und hätte dann noch die Kosten des Verfahrens zu tragen, unter anderem 11 Mark Zeugengebühren für den Grundbesitzer, der ihn verklagt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir werden im Reichstag dafür sorgen, daß diese Sklavengesetze aufgehoben werden. Die Zentrale der preußischen Landwirtschaftskammern will den Kontraktbruch durch Konfiskationstrafen bestrafen. Das beweist, daß diese Herren gar kein soziales Gefühl und keine Ahnung von dem Elend der Landarbeiter haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch durch die Reichsversicherungsordnung sollen

die Landarbeiter wieder vergewaltigt werden; sie sollen ihre Krankenkassen nicht selbst verwalten dürfen! (Hört, hört! bei den Soz.) Für diese Benachteiligung der Landarbeiter gegenüber den gewerblichen sind auch das Zentrum und die Nationalliberalen eingetreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Ihre Berufung auf den Widerspruch der Regierung ist eine faule Ausrede. Bei der Finanzreform hat das Zentrum es ja sehr gut verstanden, die Regierung zu zwingen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schon bei vorübergehendem Vorhandensein von 50 Arbeitern sollen auf dem Lande Betriebskrankenkassen gegründet werden, die im Winter nur die Hälfte des Krankengeldes zu zahlen brauchen. Da haben Sie kein Recht, über soziale Lasten zu klagen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Saarsäubend ist die Forderung einer Landwirtschaftskammer, daß man die ärztliche Hilfe auf dem Lande durch Sinuziehung von Krankenschwestern ersetzen sollte. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch bei der Unfallversicherung sind die Landarbeiter außerordentlich benachteiligt. In Schlesien mußten 992 der revidierten Betriebe beanstandet werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das beweist, wie mangelhaft die Unfallversicherung ist. In Posen erfolgen die Revisionen nach vorher festgesetzten Reiseplänen. (Hört, hört! bei den Soz.) Mehrfach hatten die Bayern auch noch die Maschinenräume verschlossen, um der Revision zu entgehen. Von 111 revidierten Großbetrieben in Posen waren nur 5 in Ordnung. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Minister möge die Berufsgenossenschaften antreiben, ihre Pflicht in Bezug auf Unfallversicherungsvorschriften besser zu erfüllen. Die Aufgaben dieser Berufsgenossenschaften für die Zwecke der Unfallversicherung sind ganz minimal im Verhältnis zu den Leistungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die westpreussische Berufsgenossenschaft und noch mehrere andere haben nicht einen Pfennig dafür ausgegeben, die große Brandenburgische Genossenschaft nur 100 Mark. (Hört, hört!) Die Polizeiorgane sollten beauftragt werden, solche Vorschriften, wo sie fehlen, zu erlassen. Ein weiteres trauriges Kapitel ist die unbeschränkte Ausbeutung hilfloser Kinder in der Landwirtschaft. Die Zahl der ständig beschäftigten Kinder betrug 1907 35.000, insgesamt waren 348.127 Kinder in der Landwirtschaft 1907 beschäftigt. Die Hauptzahl entfällt auf die Großbetriebe. Diese Kinderausbeutung muß die Entrüstung aller sozial Fühlenden erregen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wochentlang werden Schulkinder durch geistliche Schulinspektoren für Landarbeiten heurlaubt. Diese Kinder müssen den ganzen Tag in der Sonnenhitze für 50 Pfennig arbeiten. Daß der Unterricht durch diese Verurteilungen leidet, ist selbstverständlich. Auch ist das Rückenziehen für die Kinder durchaus gesundheitschädlich, vielfach verunglückten Kinder dabei. Wie lange wollen Sie diesem Kindermord zusehen? Wir müssen verlangen, daß der Minister dagegen einschreitet. Wir erwarten, daß er im Reichstag für ein Kinderschutzgesetz auch in der Landwirtschaft eintritt. — Die Ernährung der ländlichen Arbeiter geht ständig zurück. Es ist soweit gekommen, daß auch die Frauen der Landarbeiter ihre Kinder nicht mehr so nähren können wie früher. Das hängt damit zusammen, daß die Milch immer mehr durch die Molkereien verwertet wird und daß sie den ländlichen Arbeitern und Diensthoten nicht mehr in dem Umfang zu gute kommt wie früher. (Sehr wahr! bei den Soz.) 80 Millionen Hektoliter Milch nach Feststellungen der Zentralfelle für Volkswohlfahrt der Ernährung der ländlichen Bevölkerung in Preußen verloren. (Hört, hört! bei den Soz.) Aufgabe des Staates ist es daher, der Milchproduktion erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Heute sind ja die Milchpreise schon enorm teuer geworden, und die organisierten Landwirte wirken noch mehr auf ihre Preissteigerung hin. Es sollte demgegenüber auf den Domänen mehr Milch produziert werden. Unerhört ist angesichts dieses Zustandes das Verlangen der Großagrarier auf Einführung eines Milchzolls. Die Zustände bei der Armenversorgung auf dem Lande spotten jeder Beschreibung. In einem Falle, bei Stettin, wurde die Sinuziehung eines Armenarztes für ein krankes Kind von dem Preisausschuß abgelehnt, weil dazu keine Verpflichtung vorliege. (Hört, hört! bei den Soz.) — Vor allem verlangen wir das Koalitionsrecht für die Landarbeiter. Gerichten doch die ländlichen Arbeitgeber selbst Vereine, die sich gegen die Arbeiter richten. Der Verein ostpreussischer Landwirte macht es sich zum Beispiel zur Aufgabe, seine Mitglieder gegen hohe Lohnforderungen und gegen Kontraktbruch zu schützen. Das gleiche Recht müssen auch die Landarbeiter haben. Wir erwarten, daß der neue Herr im Ministerium zu dieser Frage Stellung nimmt. — Auf die rigorosen Bestimmungen in Arbeitsverträgen habe ich im letzten Jahre ausführlich hingewiesen. In einem Vertrage finden sich zum Beispiel Bestimmungen, wonach Leute, die im Mord mäßig müssen, nur gegen Tagelohn beschäftigt werden. Sie werden einfach beim Mähen in die Wille gestellt, denn wenn sie dann nicht mitkommen, würde es ihnen schlecht ergehen. Jeder Ungehorsam kann nach dem Vertrage mit 2 Mark bestraft werden. Die eingeschlossenen Verträge sind an den Deutschen Fürsorgeverein abzugeben. Dieser Fürsorgeverein für Großgrundbesitzer unterhält als von solchen Strafen, die die Landarbeiter bezapfen müssen.

seine Geschäftsstelle. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch Lohnabzüge, die ausländischen Arbeitern gemacht werden, fließen diesem Verein zu, der noch dazu in Streitfällen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern entscheiden soll. Dieser Verein hält es für angebracht, daß bei Kontraktbruch geleistete Vorschüsse in bar oder Naturalien vom Arbeiter zurückzuerhalten sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Vertragsbestimmungen für inländische Arbeiter sind noch härter als für ausländische. Sozialdemokratische Zeitungen dürfen weder gehalten noch gelesen werden, kein Arbeiter darf einem sozialdemokratischen Verein beitreten. (Sehr gut! rechts.) Glauben Sie etwa, daß ein gewerblicher Arbeiter heute noch einen solchen Sklavenparagrafen unterschreiben wird? Daß Sie das für richtig finden, beweist nur, wie geknechtet heute noch die Landarbeiter sind. Dieser Vertrag verstößt in vielen Punkten gegen die guten Sitten. Dazu heißt es im Vertrage: Alle dem Vertrage entgegenstehenden Gesetze treten außer Geltung. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Kinder der Arbeiter, die nicht für Gutsbesitzer tätig sind, dürfen nicht bei dem Arbeiter wohnen. (Hört, hört! bei den Soz.) Sind das noch menschenwürdige Bestimmungen? In dem Vertrage ist auch von Wirtshausbesuchen die Rede. Eine Arbeiterin wurde zum Beispiel zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie während der Schwangerschaft, kurz vor der Geburt, sich weigerte, Kartoffeln auszunehmen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Gericht erklärte, die Frau hätte unter allen Umständen versuchen müssen, diese Arbeit zu leisten. Wenn solche Entscheidungen möglich sind, müssen wir im Interesse der Menschlichkeit die Beseitigung solcher Ausnahmengesetze verlangen. Ich gebe zum Schluß der Erwartung Ausdruck, daß auch in Ihnen allmählich das soziale Gefühl soweit wachsen wird, daß wir endlich zu einer Befreiung der Landarbeiter aus den Fesseln der auf ihnen lastenden Ausnahmengesetze kommen. (Beifolgendes Bravo! bei den Soz.)

Politische Uebersicht.

Der Hausknechtsparagraf im Landtage und Kinderausbeutung

Augenscheinlich war es der Wunsch des sattem bekannten „starken“ Jordan von Kröcher, sofort eine Verschärfung des Hausknechtsparagrafen zugebilligt zu erhalten. Bekanntlich gilt als zunächst in Betracht kommende Verschärfung die Diätenentziehung. Wer weiß? Vielleicht wird im Geiste des horrussischen Militarismus noch Dunkel-arrest und Lattenlager und im Geiste der Kolonialpolitik nach die Kämpferpeitsche hinzugefügt. An dem guten Willen der Junker, die Geschäftsordnung des Dreiklassenhauses noch weiter zu verbalhoren, ist sicherlich nicht zu zweifeln. Nach dem Moabiter Glaslo scheint man aber im Lager der Reaktion doch Bedenken zu haben, das preussische Volk erneut auf das schroffste zu provozieren. Ob freilich nicht doch der janusshauerliche Geist schließlich alle Bedenken besiegen wird, steht dahin. Die Erklärung, mit der Herr von Kröcher die Mittwoch-Sitzung eröffnete, war augenscheinlich ein Kompromiß zwischen Draufgängererei und Vorsicht. In der Form freilich war nichts von Vorsicht in ihr zu finden. Die Anwendung des Hausknechtsparagrafen wurde in nächste, seine Verschärfung in nahe Aussicht gestellt. Die Junker schrien Beifall und der Chor der Heiligen stimmte laut, die Scharmacher unter den Nationalliberalen etwas gedämpfter ein.

Gegen die wenigen wirklichen Volksvertreter im Dreiklassenhaus droht man Gewaltmaßnahmen an, die Redner der Mehrheit können tun und sagen, was sie wollen. Ein Freikonservativer namens Lüders schimpfte, auf Bismarcks Spuren wandelnd, unseren Genossen Leinert und den Dänen Rissen Agenten des Auslandes. Kein Ordnungsruf vom starken Kröcher! Aber drei Ordnungsrufe für den Genossen Liebkecht, weil er angeblich die Geschäftsführung des Präsidiums kritisiert haben sollte. Und damit nicht der Eindruck aufkomme, als ob im Hause des Dreiklassenhauses gleiches Recht für alle Abgeordneten gelte, wurde an demselben Tage durch Debattenschluß die Sozialdemokratie wie die fortschrittliche Volkspartei vergewaltigt. Den Fortschrittler hat also ihre Teilnahme an der Ergebenheitsadresse für Kröcher nichts genützt. Ob sie auch noch weiter helfen werden, an der Kiste zu binden, mit der auch sie gezüchtigt werden?

Die Manifestation des Hausknechtsgeistes war das charakteristischste Merkmal der Mittwoch-Sitzung. Aber keineswegs das einzige Merkmal. Die Sitzung brachte auch noch ein unbedingtes Bekenntnis der gesamten Nationalliberalen zum Schutzgoll und ein ebenso unbedingtes Bekenntnis des Zentrums zur Kinderausbeutung. Für Offenheiten kann man in der Politik nur dankbar sein.

Die Christlichen unter der Krone.

Die christlichen Gewerbetreibenden haben unter dem Druck des ultrareaktionären Kurzes, der jetzt im Vatikan und in der deutschen Zentrumspartei herrscht, ihr selbsterhaltenes Wesen nicht aufgeben können. Denn sie sind durch ein

Zur Erde Der aufgehenden Sonne.

Don 5 u. a. r. i. n.

41

Der erde in b r u d

— „So, ja, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

Der erde in b r u d
 „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

Don Sandwehnen für Bedenktene.

(Fortsetzung folgt.)

Der Sandwehnen für Bedenktene.
 „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

Sandwehnen für Bedenktene.
 „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

„Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“
 — „Sag mir, — ich Liebe dich.“

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Reus Graupenstr. 2/6, und durch Subskriptionen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationsblätter, Beträge für die einjährige Colonie oder deren Stamm 25 Pfennige, für Arbeitsnachb. Vereine und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 23.

Breslau, Freitag, den 27. Januar 1911

23. Jahrgang.

Großgrundbesitzer und Landarbeiter.

Bei der Beratung des Etats für das Landwirtschaftsministerium hat Genosse Leinert am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus eine Rede gehalten, die wegen ihrer treffenden Schilderung der Zustände auf dem Lande größere Beachtung verdient. Zu dem Vertreter von Mittelschlesien, dem konservativen Herrn von Kessel, gewandt, führte Genosse Leinert aus:

Herr v. Kessel hat behauptet, daß die Rentabilität der Landwirtschaft nur 2,7 Prozent beträgt. Nach den wirtschaftlichen Ergebnissen der Domänen aus dem Jahre 1901 stimmt die Zahl allerdings. Inzwischen sind die Werte doch aber bedeutend gestiegen, wie auch die amtliche Statistik feststellt, die auch betont, daß die Rentabilität privater Betriebe damit nicht zu vergleichen ist. In der Tat haben die Großgrundbesitzer so glänzende Zeiten wie jetzt noch nicht gehabt, sie haben geradezu unberechnigte Einnahmen durch die Zollpolitik gehabt. Daß nicht wieder die starke schutzöllnerische Mehrheit in den Reichstag einzieht, hoffen wir allerdings und werden das unserige dazu tun. (Bravo! bei den Soz.) Seine Zeit führte man die hohen Zölle ein, damit, wie man sagte, die Löhne der Arbeiter erhöht werden könnten. Das ist aber nicht geschehen. (Widerspruch rechts.) Man sucht die Zeit der Ernte nach Möglichkeiten zu beschränken, um an Löhnen zu sparen. Die Statistik beweist, daß die Armut auf dem Lande größer ist, während es auf dem Lande mehr Leute gibt, die mehr als 6000 Mark Vermögen haben. Die Leute mit unter 900 Mark Einkommen sind ausschließlich die ländlichen Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch eine Statistik der „Deutschen Agrarzeitung“ beweist dies. Die Vermögenssteuerbefreiung auf dem Lande weist seit 1901 einen ständigen Aufwärtzug auf; das Einkommen ist seitdem gestiegen um 97 Millionen Mark. 66 Prozent der Hauptberuflich in der Landwirtschaft Beschäftigten waren steuerfrei. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Beitrag pro Hektar ist enorm gestiegen, was natürlich namentlich den Großgrundbesitzern zugute kommt. 19.000 Großgrundbesitzer haben mehr als den vierten Teil der gesamten bebauten Fläche im Besitz, 2/3 mal so viel als 2.600.000 Besitzer bis 5 Hektar. Wir müssen also eine Herabsetzung der Zölle verlangen, damit das Volk billiges Brot bekommen kann. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind seit 1902 außerordentlich gestiegen. (Widerspruch rechts.) Das beweisen die statistischen Nachweisungen der Regierung selbst. Redner führt die einzelnen Zahlen aus der Statistik an. In den letzten drei Monaten 1909 war der Preis für Roggen und Weizen bei uns erheblich teurer als im Ausland. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf die Bäcker können Sie die Schuld an der Teuerung nicht abwälzen. Nach Professor Brentano ist das Brotgetreide durch die Zölle um 800 Millionen verteuert worden, nach meinen Berechnungen beträgt die Verteuerung mindestens 300 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Von all diesen Vorteilen der Zollpolitik haben die Arbeiter nichts gehabt. Die ländlichen Wohnungen sind nach den Berichten der Kreisräte noch immer sehr traurig, sogar Neubauten sollen nach diesen Berichten infolge der Vereinigung von Stallraum und Wohnungen vielfach hygienisch unbrauchbar sein. (Wachen rechts.) Das sind amtliche Berichte, die durch Ihre Lachen nicht widerlegt werden. Ihr Lachen beweist nur, daß sie für diese Fragen kein Verständnis haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Am dürrigsten sind nach diesen Berichten die Unterkunftsräume für die ländlichen Dienstboten. Die Gefindeordnung feiert jetzt ihr 100jähriges Jubiläum. Welche Summe von Elend und Unterdrückung hat sie in dieser Zeit verschuldet! (Sehr wahr! bei den Soz.) Dazu kommt das Kontraktbruchgesetz von 1854, das den Landarbeitern in Preußen die Möglichkeit, sich durch Koalition höhere Löhne zu erringen, vollständig nimmt. Erfreulicherweise hat der Minister erklärt, diese Materie gehört vor den Reichstag. Dort hat ja glücklicherweise das Agrarierturn nicht die Mehrheit wie hier. Mit den Neuerungen des Herrn Glözel zu dieser Frage steht die sonstige Haltung der Nationalliberalen in Arbeitersachen nicht im Einklang. Durch das Gesetz von 1854 und die Gefindeordnung sind die Landarbeiter zu Geloten herabgedrückt. (Wachen rechts; Sehr wahr! bei den Soz.) Dabei werden diese Gesetze äußerst schändlich durchgeführt. Ein Landarbeiter wurde wegen Kontraktbruch angezeigt, ihm wurde eine Lohnherabsetzung von einigen Pfennigen verweigert worden. Er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt und hätte dann noch die Kosten des Verfahrens zu tragen, unter anderem 11 Mark Zeugengebühren für den Grundbesitzer, der ihn verklagt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir werden im Reichstag dafür sorgen, daß diese Sklavengesetze aufgehoben werden. Die Zentrale der preussischen Landwirtschaftskammern will den Kontraktbruch durch Kautionskündigung bestrafen. Das beweist, daß diese Herren gar kein soziales Gefühl und keine Ahnung von dem Elend der Landarbeiter haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch durch die Reichsverwaltungsordnung sollen

die Landarbeiter wieder vergewaltigt werden; sie sollen ihre Krankenkassen nicht selbst verwalten dürfen! (Hört, hört! bei den Soz.) Für diese Benachteiligung der Landarbeiter gegenüber den gewerblichen sind auch das Zentrum und die Nationalliberalen eingetreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Ihre Verurteilung auf den Widerspruch der Regierung ist eine faule Ausrede. Bei der Finanzreform hat das Zentrum es ja sehr gut verstanden, die Regierung zu zwingen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schon bei vorübergehendem Vorhandensein von 50 Arbeitern sollen auf dem Lande Betriebskrankenkassen gegründet werden, die im Winter nur die Hälfte des Krankengeldes zu zahlen brauchen. Da haben Sie kein Recht, über soziale Lasten zu klagen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Haarsträubend ist die Forderung einer Landwirtschaftskammer, daß man die ärztliche Hilfe auf dem Lande durch Hinzuziehung von Krankenschwestern ersetzen sollte. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch bei der Unfallversicherung sind die Landarbeiter außerordentlich benachteiligt. In Schlesien mußten 992 der revidierten Betriebe beanstandet werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das beweist, wie mangelhaft die Unfallversicherung ist. In Posen erfolgen die Revisionen nach vorher festgesetzten Reifeplänen. (Hört, hört! bei den Soz.) Mehrfach hatten die Bauern auch noch die Maschinenräume verschlossen, um der Revision zu entgehen. Von 111 revidierten Großbetrieben in Posen waren nur 5 in Ordnung. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Minister möge die Berufsgenossenschaften anweisen, ihre Pflicht in Bezug auf Unfallversicherungsvorschriften besser zu erfüllen. Die Ausgaben dieser Berufsgenossenschaften für die Zwecke der Unfallversicherung sind ganz minimal im Verhältnis zu den Leistungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die westpreussische Berufsgenossenschaft und noch mehrere andere haben nicht einen Pfennig dafür ausgegeben, die große Brandenburgische Genossenschaft nur 100 Mark. (Hört, hört!) Die Polizeiorgane sollten beauftragt werden, solche Vorschriften, wo sie fehlen, zu erlassen. Ein weiteres trauriges Kapitel ist die unbefristete Ausbeutung hilfloser Kinder in der Landwirtschaft. Die Zahl der ständig beschäftigten Kinder betrug 1907 35.000, insgesamt waren 348.127 Kinder in der Landwirtschaft 1907 beschäftigt. Die Hauptzahl entfällt auf die Großbetriebe. Diese Kinderausbeutung muß die Entrüstung aller sozial Fühlenden erregen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wochenlang werden Schulkinder durch geistliche Schulinspektoren für Landarbeiten beurlaubt. Diese Kinder müssen den ganzen Tag in der Sonnenhitze für 50 Pfennig arbeiten. Daß der Unterricht durch diese Beurlaubungen leidet, ist selbstverständlich. Auch ist das Mißbenutzen für die Kinder durchaus gesundheitsschädlich, vielfach verunglückten Kinder dabei. Wie lange wollen Sie diesem Kindermord zusehen? Wir müssen verlangen, daß der Minister dagegen einschreitet. Wir erwarten, daß er im Reichstag für ein Kinderschutzgesetz auch in der Landwirtschaft eintritt. — Die Ernährung der ländlichen Arbeiter geht ständig zurück. Es ist soweit gekommen, daß auch die Frauen der Landarbeiter ihre Kinder nicht mehr so nähren können wie früher. Das hängt damit zusammen, daß die Milch immer mehr durch die Molkeerien verwertet wird und daß sie den ländlichen Arbeitern und Dienstboten nicht mehr in dem Umfange zu gute kommt wie früher. (Sehr wahr! bei den Soz.) 80 Millionen Hektoliter Milch gehen nach Feststellungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt der Ernährung der ländlichen Bevölkerung in Preußen verloren. (Hört, hört! bei den Soz.) Aufgabe des Staates ist es daher, der Milchproduktion erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Heute sind ja die Milchpreise schon enorm teuer geworden, und die organisierten Landwirte wirken noch mehr auf ihre Preissteigerung hin. Es sollte demgegenüber auf den Domänen mehr Milch produziert werden. Ungehört ist angesichts dieses Zustandes das Verlangen der Großagrarien auf Einführung eines Milchzolls. Die Zustände bei der Armenversorgung auf dem Lande spotten jeder Beschreibung. In einem Falle, bei Stettin, wurde die Hinzuziehung eines Armenarztes für ein krankes Kind von dem Kreisrat abgelehnt, weil dazu keine Verpflichtung vorliege. (Hört, hört! bei den Soz.) — Vor allem verlangen wir das Koalitionsrecht für die Landarbeiter. Erreichen doch die ländlichen Arbeitgeber selbst Vereine, die sich gegen die Arbeiter richten. Der Verein ostpreussischer Landwirte macht es sich zum Beispiel zur Aufgabe, seine Mitglieder gegen hohe Lohnforderungen und gegen Kontraktbruch zu schützen. Das gleiche Recht müssen auch die Landarbeiter haben. Wir erwarten, daß der neue Herr im Ministerium zu dieser Frage Stellung nimmt. — Auf die rigorosen Bestimmungen in Arbeitsverträgen habe ich im letzten Jahre ausführlich hingewiesen. In einem Vertrage finden sich zum Beispiel Bestimmungen, wonach Leute, die im Notfall mähren müssen, nur gegen Tagelohn beschäftigt werden. Sie werden einfach beim Mähen in die Mitte gestellt, denn wenn sie dann nicht mitkommen, würde es ihnen schlecht ergehen. Jeder Ungehorsam kann nach dem Vertrag mit 2 Mark bestraft werden. Die eingelegenen Verträge sind, an den Deutschen Fürsorgevereinen abzugeben. Dieser Fürsorgeverein für Großgrundbesitzer unterschlägt alle von solchen Statuten, die die Landarbeiter bezogen müssen.

seine Geschäftsstelle. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch Lohnabhängige, die ausländischen Arbeitern gemacht werden, flehen diesem Vereine zu, der noch dazu in Streitfällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern entscheiden soll. Dieser Verein hält es für angebracht, daß bei Kontraktbruch geleistete Vorarbeiten in bar oder Naturalien vom Arbeiter zurückverlangt sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Vertragsbestimmungen für inländische Arbeiter sind noch härter als für ausländische. Sozialdemokratische Zeitungen dürfen weder gehalten noch gelesen werden, kein Arbeiter darf einem sozialdemokratischen Verein beitreten. (Sehr gut! rechts.) Glauben Sie etwa, daß ein gewerblicher Arbeiter heute noch einen solchen Sklavenparagrafen unterschreiben wird? Daß Sie das für richtig finden, beweist nur, wie geknechtet heute noch die Landarbeiter sind. Dieser Vertrag verstößt in vielen Punkten gegen die guten Sitten. Dazu heißt es im Vertrage: Alle dem Vertrage entgegenstehenden Befehle treten außer Geltung. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Kinder der Arbeiter, die nicht für Gutbesitzer tätig sind, dürfen nicht bei dem Arbeiter wohnen. (Hört, hört! bei den Soz.) Sind das noch menschenwürdige Bestimmungen? In dem Vertrage ist auch von Widergesittlichkeiten die Rede. Eine Arbeiterin wurde zum Beispiel zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie während der Schwangerschaft, kurz vor der Geburt, sich weigerte, Partostoffen auszunehmen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Gericht erklärte, die Frau hätte unter allen Umständen versuchen müssen, diese Arbeit zu leisten. Wenn solche Entscheidungen möglich sind, müssen wir im Interesse der Menschlichkeit die Befreiung solcher Ausnahmegehalte verlangen. Ich gebe zum Schluß der Erwartung Ausdruck, daß auch in Ihnen allmählich das soziale Gefühl soweit wach werden wird, daß wir endlich zu einer Befreiung der Landarbeiter aus den Fesseln der auf ihnen lastenden Ausnahmegehalte kommen. (Beifolles Bravo! bei den Soz.)

Politische Uebersicht. Der Hausknechtsparagraf im Landtage und Kinderausbeutung

Außerdem ist es der Wunsch des sattsam bekannten „starken“ Jordan von Kröcher, sofort eine Verschärfung des Hausknechtsparagrafen zugebilligt zu erhalten. Bekanntlich gilt als zunächst in Betracht kommende Verschärfung die Diätenentziehung. Wer weiß? Vielleicht wird im Geiste des baltischen Militarismus noch Dunkelartzt und Lattenlager und im Geist der Kolonialpolitik noch die Kaiserliche hinzugefügt. In dem guten Willen der Junter, die Geschäftsordnung des Dreiklassenhauses noch weiter zu verharren, ist sicherlich nicht zu zweifeln. Nach dem Moabiter Glaslo scheint man aber im Lager der Reaktion doch Bedenken zu haben, das preussische Volk erneut auf das schroffste zu provozieren. Ob freilich nicht doch der januschaerliche Geist schließlich alle Bedenken besiegen wird, steht dahin. Die Erklärung, mit der Herr von Kröcher die Mittwoch-Sitzung eröffnete, war augenscheinlich ein Kompromiß zwischen Draufgänger und Vorsicht. In der Form freilich war nichts von Vorsicht in ihr zu finden. Die Anwendung des Hausknechtsparagrafen wurde in nächste, seine Verschärfung in nahe Aussicht gestellt. Die Junter schrien Beifall und der Chor der Heiligen stimmte laut, die Scharmacher unter den Nationalliberalen etwas gedämpfter ein.

Gegen die wenigen wirklichen Volksvertreter im Dreiklassenhaus droht man Gewaltmaßnahmen an, die Redner der Mehrheit können tun und sagen, was sie wollen. Ein Freikonserverativer namens Silber schimpfte, auf Bismarcks Spuren wandelnd, unseren Genossen Leinert und den Dänen Nissen Agenten des Auslandes. Kein Ordnungsruf vom starken Kröcher! Aber drei Ordnungsrufe für den Genossen Diebknack, weil er angeblich die Geschäftsführung des Präsidenten kritisiert haben sollte. Und damit nicht der Eindruck auskomme, als ob im Hause des Dreiklassenwahls gleiches Recht für alle Abgeordneten gelte, wurde an demselben Tage durch Debattenschluß die Sozialdemokratie wie die fortschrittliche Volkspartei verächtlich. Den Fortschrittler hat also ihre Teilnahme an der Ergebenheitsadresse für Kröcher nicht genügt. Ob sie auch noch weiter helfen werden, an der Rute zu binden, mit der auch sie geächtet werden?

Die Manifestation des Hausknechtsgeistes war das charakteristische Merkmal der Mittwoch-Sitzung. Aber keineswegs das einzige Merkmal. Die Sitzung brachte auch noch ein unbedingtes Bekenntnis der gesamten Nationalliberalen zum Schutzzoll und ein ebenso unbedingtes Bekenntnis des Zentrums zur Kinderausbeutung. Für Offenheiten kann man in der Politik nur dankbar sein.

Die Christlichen unter der Rute.

Die christlichen Gewerksvereine haben unter dem Druck des ultrareaktionären Kuriers, der jetzt im Dänemark und in der deutschen Zentrumspartei herrscht, ihr früheres Bekenntnis aufgegeben. Wenn sie nicht durch ein Parlament

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Januar.

Geschichtskalender.

- 1756 W. A. Mozart in Salzburg.
1775 Der Philosoph v. Schelling.
1814 Der Philosoph Fichte.
1850 Der Bildhauer Schadow in Berlin.
1901 Der italienische Komponist Verdi.

Der Breslauer Steuerbedarf

Geht nach dem Haushaltsplan für 1911 mit 18.170.400 Mark um 1.249.100 Mark über den des Vorjahres hinaus. Für die Deckung dieses Bedarfs kommt, wie der Magistrat in seiner Erläuterung sagt, in Betracht, daß nach § 54 des R. N. G. nicht mehr als 200 Prozent der Realsteuern erhoben werden sollen, daß auch die Mehrausgaben des nächsten Jahres fast ausschließlich für Einrichtungen zu machen sind, von denen die Realsteuerpflichtigen als solche keine besonderen Vorteile haben. Zudem trifft gerade bei Erhebung höherer Steuerzuschläge die Zunahme der steuerlichen Belastung diejenigen besonders schwer, welche neben einer höheren Einkommensteuer noch höhere Steuern von ihrem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb oder von beiden zu entrichten haben. Sie haben daher beschlossen, über den Satz von 70 Prozent Zuschläge bei der Grund- und Gebäudesteuer grundsätzlich nicht hinauszugehen.

Nach der staatlichen Veranlagung betrug das Soll der Grund- und Gebäudesteuer im Jahre 1909 2.470.633 Mark, im Jahre 1910 2.510.811 Mark. Es darf bei Einzurechnung der Zugänge nach dem dreijährigen Durchschnitt für 1911 mit 2.586.280 Mark angenommen werden, einem Betrage, der über den im Jahre für 1910 geschätzten Betrag von 2.195 Mark hinausgeht. Dagegen betrug der gemeine Wert der Grundstücke nach dem vorläufigen Soll der Neuveranlagung im Jahre 1910 1.319.860.375 Mark. Er kann bei Berücksichtigung der Ab- und Zugänge für 1911 auf 1.330.800.040 Mark, mithin um 37.520.492 Mark höher wie für 1910 geschätzt werden. Die Neuveranlagung der Grundstücke zum gemeinen Werte ist aber unter Umständen noch erheblichen Herabsetzungen im Rechtsmittelverfahren unterworfen. Es erscheint daher zweckmäßig, an dem im Vorjahre erhobenen Steuerfaktum von 3,90 pro Tausend festzuhalten, wiewohl der hierbei errechnete Ertrag der Steuer um 0,70 über 200 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer hinausgeht.

Der Einheitsfuß der Gewerbe- und der Gemeindegeldsteuer betrug:

	1908	1909	1910
bei der Gewerbesteuer nach dem Plane . . .	9 100	9 400	9 700
nach dem Abschluß	9 785	9 673	—
bei der Einkommensteuer nach dem Plane	55 500	56 500	58 000
nach dem Abschluß	57 652	57 939	—

Dem Veranlagungsfuß der Gewerbesteuer für 1910 würde ein Einheitsfuß von 10.488 Mark entsprechen. Nach dem Stande vom 1. Oktober 1910 darf aber nur eine Gesamteinnahme von 2.001.200 Mark erwartet werden, die einer Einheitsfuß von 10.210 Mark entspricht. Es kann daher für 1911 mit einem solchen von 10.000 Mark gerechnet werden. Aus der Gemeindegeldsteuer ist nach dem Stande vom 1. Oktober 1910 für das Jahr 1910 ein Ertrag von etwa 10.606.000 Mark zu erhoffen. Dieser entspräche einem Einheitsfuß von 61.663 Mark. Es ist gleichwohl der Einheitsfuß von 61.000 Mark in Vorschlag gebracht worden in der Annahme einer weiteren allmählichen wirtschaftlichen Entwicklung, sowie zur Vermeidung einer größeren Erhöhung der Steuerzuschläge.

Stadt-Theater.

Zum 1. Male: „Königsfinder“, Musikmärchen in drei Akten von Ernst Kosmer. Musik von Engelbert Humperdinck.

Alles, was Humperdinck auch schreiben mag, wird an dem Wert von „Hänsel und Gretel“ gemessen, und da es ihm kaum gelingen wird, dieses Ideal einer Märchenoper zu erreichen, so werden die Nachfolger dieses Opernkomponisten stets ein vielcs zurückbleiben müssen. Die „Königsfinder“ erscheinen übrigens nicht zum ersten Male auf der Bühne. Das Märchen von Frau Kosmer (Wernstein) ist schon vor Jahren von Humperdinck mit einer begleitenden Musik versehen worden, es hat infolgedessen das Wort der Musik und die Musik dem Worte im Wege gestanden. Der bekannte Inhalt des Märchens verlangt ja schließlich nach Musik, und so hat der Autor diese Oper daraus gemacht. Aber wie er in „Hänsel und Gretel“ mit erstaunlichem Geschick Volklieder und eigene Erfindung verquante, so geht er hier dem Melodischen wie schon aus dem Wege. Das Orchester singt, rauscht, girt und jipst, aber es kommt nur ganz vereinzelt zu einem Anlauf nach einem Motivo. Es ist bei einem Meister der Federführung, wie wir ihn in Humperdinck haben, selbstverständlich, daß seine Instrumentation eine außerordentlich gewählte, seine Komposition eine durchaus vornehme ist. Man wird auch dem Komponisten nie den Vorwurf machen können, daß sein orchestrales Pathos die Singstimmen erdrückt; auch sind die Stimmen durchaus singbar geschrieben, aber leider nicht dankbar. Es werden enorme Anforderungen an das Gedächtnis und die Schlagfertigkeit der Sänger gestellt, und namentlich der zweite Akt verbirgt hinter einem anscheinend leichten Humor keine geringen Schwierigkeiten, hat aber wenigstens den Vorzug, daß er sehr wirkungsvoll ist und durch den Reichtum an reizenden Episoden einigermaßen über die dürre Handlung hinwegtäuscht.

Herr Prümmer hielt das Orchester sowie die Sänger prachtvoll zusammen und man merkte, daß viele Proben abgehalten worden sein mußten; nur die Stimmung im Orchester ließ manchmal zu wünschen übrig. Die Ausstattung war außerordentlich kunstvoll gehalten; prächtig sind die Walddecorationen des ersten und dritten Aktes. Die Darstellung tat alles möglich, um vor dem anwesenden Publikum in Ehren zu bestehen. Frau Verhulst als musikalisch sichere Gesangsistin, Herr Zoroff als Königssohn und Herr Hedler als Spielmann standen in erster Reihe. Der herrliche Bariton des letztgenannten Künstlers quoll üppig und warm; die Rolle liegt ihm ausgezeichnet. Hr. Netesch als Herr ist wachheit, die Herren Schauer (Goldhader) und Ullrich (Besenbinder) machten große Figuren; die Episoden der Witwen und der Stiefmutter waren bei den Damen Volter und Wolter

Hiernach bleibt der als Gemeindegeldsteuer von dem gemeinen Werte der Grundstücke zu erhebende Satz vom Tausend dem des Vorjahres gleich, während die Umrechnung nach der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer eine Erhöhung um 4 Prozent ergibt. Die Gewerbesteuer ist um 4 Prozent, der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer um 8 Prozent zu erhöhen. Von dem Gesamtbedarf an direkten Steuern werden (28,56 und 11,01) 39,57 Prozent (gegen 41,04 Prozent im Vorjahre) durch Realsteuern und 60,43 Prozent (gegen 58,96 Prozent) durch Einkommensteuer gedeckt.

Ein neuer Kompromißkandidat für Breslau-Ost.

Raum hat Fürst Hagefeldt verkünden lassen, daß er eine neue Kandidatur im Wahlkreise Breslau-Ost nicht annimmt, sondern schon die Nationalliberalen mit einem Ersatzkandidaten hervor. Der Wahlverein dieser Partei teilt den Zeitungen mit:

Seitens der Nationalliberalen Partei in Breslau ist Stadtrat Dr. Bernhard Grund, Mitinhaber der Firma Bernhard Josef Grund in Breslau, zum Kandidaten in Breslau-Ost für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt worden. Die anderen bürgerlichen Parteien sind um Unterstützung dieser Kandidatur gebeten worden.

Da seit der Erklärung des Fürsten Hagefeldt eine nationalliberale Versammlung nicht mehr stattgefunden hat, muß der Kandidat schon „auf dem Lager“ gewesen sein, damit er im geeigneten Moment schnell an die Öffentlichkeit gerückt werden konnte. Die Bitte um Unterstützung richtet sich vor allem an den Freisinn, der dann im Westen einen eigenen Kandidaten aufstellt und von den Nationalliberalen unterstützt wird. Damit wäre der liberale Block auch in Breslau eingereicht, er richtet sich sowohl nach rechts als nach links. Speziell im Osten aber glauben die Nationalliberalen so viele Stimmen sammeln zu können, daß sie mit Genossen Schütz in Stichwahl kommen, um dann mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums zu siegen. Daß diese Rechnung ein ziemlich großes Loch hat, werden unsere Genossen den Gegnern beweisen.

Der zweite Frauen-Abend.

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau war trotz des schlechten Wetters verhältnismäßig gut besucht, denn es haben sich in den 8 Lokalen etwa 300 Genossinnen eingefunden, die den wichtigen Vorträgen, die besondere Frauenfragen behandeln, mit großer Aufmerksamkeit folgten. Und es war sehr erfreulich zu sehen, daß die Genossinnen anfangen, sich an der Debatte selbst zu beteiligen. Was früher auch bei den Männern zu beobachten war, eine gewisse Schüchternheit, die davor zurückschrak, in die Auseinandersetzungen mit einzugreifen, um sie so erst recht lebendig und fruchtbringend zu gestalten, das ist jetzt zum Teil gemichen und wird hoffentlich bald ganz verschwinden. Es ist ja gerade die Aufgabe des Frauen-Abends, die Genossinnen nicht nur in unserer guten Sache zu vertiefen, sondern sie auch dahin zu bringen, daß sie sich unter einander aussprechen lernen und zu reger nützlicher Arbeit auf allen Gebieten anspornen, die die proletarische Frauenbewegung vorwärts treiben kann. Es ist noch zu erwähnen, daß die Berichte, die von den Mitgliedern der Kinderschutzkommission über die Kinder- ausbeutung und Kindermisshandlung in Breslau gegeben wurden, überall tiefen Eindruck machten und die Ueberzeugung befestigten, daß es unbedingt nötig ist, den vorhandenen Missethänden mit aller Kraft entgegenzuarbeiten.

Ueber die einzelnen Sitzungen sind uns folgende Berichte zugegangen:

Für das Gräbischen Stadtviertel fand die Versammlung diesmal im Distriktslokal des Distrikts 2, Victoriastraße 34, statt, das vollständig besetzt war. Infolge plötzlicher Erkrankung des Genossen Schlegel mußte Genosse Löbe einspringen und einen kurzen Vortrag über die politischen Parteien in Deutschland halten. Nachher erstattete Genossin Vogt einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Kinderschutzkommission, der ebenfalls mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Frau Pawatich wies zum Schluß noch auf den ersten sozialdemokratischen Frauentag hin, der in Breslau durch eine Versammlung am 19. März im Gewerkschaftshaus beengten wird, in der Frau Wehl aus Berlin sprechen wird.

Im Schloßhof, der in der arbeiterreichsten Volkstadt liegt, waren 90 Mädchen und Frauen versammelt, die bei den Ausführungen des Genossen Neutrich über die Frage: Wie wird heute für die kranken Frauen, die Witwen und Waisen gesorgt? große Aufmerksamkeit zeigten. Unter Befehl der Redner nicht nur das, was für die Frauen aus dem großen Gebiete der Arbeiterversicherung für sie das Wichtigste ist, sondern sprach auch über die Forderungen, die besonders von den Frauen und Mädchen zu ihrem gesundheitlichen Schutze zu erheben sind. Dabei verlag er nicht, hauptsächlich auf den Schutz der schwächeren Frauen und der Wöchnerinnen hinzuweisen, der gleichzeitig ein Schutz des heranwachsenden Geschlechts, unserer Kinder ist, die eine bessere Zukunft haben sollen. Die Debatte wolle zuerst nicht recht in Fluß kommen. Als aber dann eine Genossin an den Referenten eine Frage über das Heilverfahren gerichtet hatte, traten nach einander noch 5 Frauen und Mädchen auf, die verschiedene Auskünfte erbat und so in die Debatte eingriff, die deshalb recht lebhaft wurde. Von dem Bericht der Genossin Kaiser über die Tätigkeit der Kinderschutzkommission waren die Anwesenden sichtlich ergriffen. Es folgten noch einige ermunternde Schlüsselwörter der Vorsitzenden, Genossin Kitter, worauf der angedeutete Abend geschlossen wurde. Er war auch sonst von Erfolgen begleitet, denn zehn Genossinnen bestellten die „Gleichheit“ und vier Frauen traten dem Sozialdemokratischen Verein als Mitglieder bei. Die ausgelegten Parteigrüßen wurden viel verlangt und gekauft.

In dem freundlichen Zimmer des Regenbeims auf der Mattiasstraße hatten sich trotz des schlechten Wetters 40 Frauen aus der Oberstadt eingefunden. Nachdem Genossin Schramm die Zusammenkunft mit einer Ansprache eröffnet hatte, erstattete Genossin Löbe den Bericht der Kinderschutzkommission und be sprach einige Einzelfälle aus der Tätigkeit der Frauen. Daran schloß sich eine lange Aussprache, an der sich Genossin Schramm und ein Genosse beteiligten. Da der Referent an einer anderen Stelle zunächst ausheulen mußte und noch nicht erschienen war, wurde ein allgemeines Lied gesungen. Hierauf hielt Genosse Löbe einen Vortrag über die politischen Parteien in Deutschland, den er an der Hand einer graphischen Darstellung erläuterte. Da sich eine Diskussion über den Vortrag nicht knüpfte, konnte die Versammlung bald darauf geschlossen werden.

Zu Scheitern war der Abend etwas besser geworden als am ersten Frauenabend; immerhin hätte er noch zahlreicher sein müssen. Die Genossinnen folgten mit Interesse den Ausführungen des Genossen Darf über die sozialistische Weltanschauung. Frau Scholich berichtete hierauf über ihre Erfahrungen in der Kinderschutzkommission. Zumeist ist es das tiefste Leid, das die Eltern zwingt, ihre Kinder Erwerbsarbeit verrichten zu lassen. Zumeist ist deshalb versucht worden, in Güte zu erreichen, daß die geistverwirrte Erwerbsarbeit eingestellt wurde, und nur im Notfall wurde die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen. Auch in der Diskussion kamen noch mehrere Fälle von Kinderleid und Kindermisshandlung zur Sprache, die abgestellt werden sollen. Es wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, in geeigneten Fällen die städtische Armenverwaltung anzurufen, um auf dem Wege der Unterstützung armen Müttern einen Ersatz für die nicht zu buldende Kinderarbeit zu verschaffen.

Im Lokale Sadomastasse 8 der Schweidnitzer Vorstadt sprach Genosse Peter über Mutter- und Säuglingschutz, also über einen Gegenstand, der die Frauen im höchsten Maße angeht. Der Vortrag wurde auch mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und beifällig aufgenommen. Anwesend waren 20 Genossinnen und 6 Genossen. Der Erfolg des Abends waren zwei Aufnahmen in den Sozialdemokratischen Verein und drei Abonnenten für die „Gleichheit“.

„Mehr Frauen- und Kinderschutz“ war das Thema, über das Genosse Th. Müller in unserem Frauenabend der Sandbarrstadt, Michaelsstraße 26, sprach. Der Redner beleuchtete in seinen trefflichen Ausführungen die Nichtigkeit und Notheit, womit

in den besten Händen. Die Kleine Rosemann als Waise-Hinderstochter war reizend und rührend.

Der zweite Akt amüsierte sehr, der dritte hypnotisierte geradezu durch seine Einförmigkeit und Langeweile. Der Kavalier war sehr stark, wie überall dort, wo man weiß, daß der Komponist anwesend ist. Man applaudierte nicht aus Begeisterung, sondern aus Neugier, ob der Mann alt oder jung, hübsch oder hässlich ist, ob er einen Tragen oder Gehrock trägt. Ob das nun „Elektra“, oder „Jingwelle“ oder „Flavians Abenteuer“ heißt, die äußerliche Stimmung bleibt immer dieselbe, und dann heißt es: „es war ein Erfolg“. Wer aber einigermaßen beachtet, der weiß schon vorher, daß das Stück nach der dritten oder fünften Aufführung abgesetzt wird. Die „Königsfinder“ werden es vielleicht auf einige Vorstellungen mehr bringen. Von der „Madame Butterfly“ ist es auch schon stiller geworden. Es schadet aber nichts, denn Mozart, Verking, Verdi — wenn sie auch gestorben sind, sie leben heute noch!

Lobe-Theater.

„Die Kinder“. Komödie in drei Akten von Hermann Bahr. Wahrscheinlich Arbeiten haben im allgemeinen dort, wo sie gesellschaftlich-sittliche Probleme behandeln, einen tieferen Rang, und keine Satire ist von der Art, daß sie trotz ihrer gelegentlichen Galie immer den geistvollen Künstler und aufmerksamen Zuschauer bezaubert. Bei der im Lobe-Theater aufgeführten neuesten Komödie „Die Kinder“ ist der tiefere Zug eigentlich schwächer zu finden. Er wird überdeckt von einer reichhaltigen Lustspielmasse, die manchmal reichlich breilt, im ganzen genommen aber recht annehmbar zu unterhalten weiß. Dennoch aber ist der tiefere Zug vorhanden, und er kommt hier und da, wenn auch spärlich, zu doch aber stark zur Geltung. Im ganzen betrachtet scheint Bahr mit diesem seinem jüngsten Stück lediglich ein Unterhaltungsstück haben schaffen wollen; da er aber über mehr Geil und mehr geistvolle Satire verfügt als alle die anderen Unterhaltungs-dramatiker vor und mit ihm, so hat er eben nicht ein Unterhaltungsstück geschaffen, sondern ein gutes Unterhaltungsstück; er hat Gola hineingetan. Das Motiv der neuen Komödie ist im Grunde gar nicht original; es ist die Geschichte zweier Kinder, die gegen ihren Vater, deren Vater aber dagegen sind, weil jeder berechtigter Ansprüche hat, zu behaupten, daß der in Frage kommende Schwiegersohn oder die Schwiegermutter in dem neuen Verwandtschaftsverhältnis von Bruder und Schwester zu einander liegen. Auf dieses Verwandtschaftsverhältnis macht zunächst die Vater einer heimatlosen Tochter den Bewerber aufmerksam, indem er ihm trocken mitteilt, daß er sein Vater sei. Die beiden jungen Menschen sind unglücklich über diese Entdeckung und können eigentlich nicht recht begreifen, daß ihre Geschichte jetzt anders sein sollen, wie vorher, als sie nichts von diesem geschwisterlichen Verhältnis wußten. Aus diesem Dilemma reißt sie aber das Schwert des bürgerlichen Lebens des Schwiegersohnes heraus, daß das

Mädchen seine Tochter sei. Es haben sich also die beiden alten Herren in früheren Zeiten gegenseitig Ehemann und Frau geachtet und bis jetzt ihre Stunden beichten, steht einer Verehrung der Kinder nichts im Wege. — Andere Dichter haben dieses Thema in anderen Variationen behandelt. Die Tragik aber kommt hier von den tiefsten literarischen Proben bis heute. Bahr nimmt das Motiv von der komischen Seite und er bearbeitet es, trotz großer Gefahr, weder ordinär noch flach. Zwar ist das Motiv zur Tragik mehr geeignet wie zur Komik und selbst ein Jahr kann mit keiner ägdischen Salize nicht den gewöhnlichen von selbst empfindenden Ernst des Motivs unterdrücken. Aber nur seine bringen diese schweren Umstände durch den Lustspielcharakter des Stückes, sie führen aber nicht, sondern zeigen vielmehr, daß gerade diese realen Jüge dem Lustspiel einen größeren Wert geben können.

Die wenigen handelnden Personen des Stückes taugen ihr Velle, um dem bürgerlichen Geiste gerecht zu werden. Allen voran war Herr Müller als Herr Schreiber und Frau von Akenfeld als seine angebliche Tochter Anna. Den anderen Vater mit seinem angeblichen Sohn geben die Herren Berger und Figs. Von beiden wäre nur zu wünschen, daß sie ihre Rollen etwas weniger konventionell auflassen möchten. Herr Senius gab den mit der Handlung in gar keinem Zusammenhang stehenden unehelichen Sohn Dagmar mit der diesem Künstler eigenen Putschkostüm. Den alten Aristokraten dicker Johann gab mit gutem, trockenem Humor Herr Barua. S.

Aus aller Welt.

Kaplan Kosjiski. An der katholischen Trinitätssäule, in Reipzig wirkte der Kaplan Johann Kosjiski, der im Juli 1910 einen mehrwöchentlichen Urlaub nach Eger (Böhmen) nahm und von dort aus seiner vorgezogenen Behörde mittelte; daß er aus der katholischen Kirche austrat. Im August trat er zum Protestantismus über und ließ sich am 21. September unter strengster Beachtung aller gesetzlichen Vorschriften mit der Hauptpastorin Rosi Köhler trauen. Der Schritt des Kaplans machte den Alerus mobil und es gelang ihm auch, die rechtsgültig abgeschlossene Ehe zu zerören. Die Chemnitzer Allgemeine Zeitung veröffentlichte eine Reihe von authentischen Briefen, die über die Entwicklung der Tragödie Aufschluß geben. Fortwährend erhielt Kosjiski, wie seine Gattin, in einem Briefe mittels lateinischer Briefe und Telegramme, in denen er aufgefordert wurde, seine Frau zu verlassen und wieder in den Schoß der Kirche zurückzukehren. Der Vater Kosjinger in Prag, Kosjiskis ehemaliger Lehrer, schrieb ihm: „Abkündigung werden Sie sicher erhalten; eine Anstellung in der Seelsorge, die Ihnen jetzt sehr im Ausmaß steht, wird nunmehr schwächer und erst nach längerer Bekanntheit für Sie zu erreichen sein.“ Zumeist verteilte Kosjiski seine Gattin, lebte aber nicht wieder zu ihr zurück. Ein Brief Kosjiskis an die Redaktion

der Kapitalismus die Frauen und Kinder des Proletariats ausbeutet. Das gut gewählte Referat fand bei den anwesenden 28 Frauen und 10 Männern ungeteilten Beifall. Nachdem die Genossin Wobersfel in einem kurzen Bericht über ihre Tätigkeit in der Kinderbeschäftigungskommission gesprochen hatte, wurde auf den ersten sozialdemokratischen Kongress am 19. März hingewiesen und zu reger Diskussion angeregt. Es wurden einzelne Mitglieder für die Partei gewonnen und mehrere Broschüren verkauft. Genosse Schmidt forderte zu reger Beteiligung an der 'Vollmacht' und Mitglieder-Kongress am Sonntag aus. Nach Schluß des gut verlaufenen Frauenabends blieben alle Anwesenden noch eine kurze Zeit bei Notenhaltung und Gesang zusammen; ein Zeichen, daß sich unser Frauenabend gut eingeführt hat. Es geht vorwärts, trotzdem!

Im Gewerkschaftshaus sollte Genosse Landböber einen Vortrag halten; wegen Krankheit mußte er aber in letzter Stunde ablagen. An seiner Stelle sprach Genosse Drogas über das, was die Frau vom bürgerlichen Gesetzbuch wissen muß. Seine Ausführungen fesselten die anwesenden 28 Frauen umwoben, weil sie durch Beispiele aus dem Leben allen sehr verständlich waren. Den Bericht über die Kinderbeschäftigungskommission gab Genossin Gelsold; auch ihre Rede, wie die des Referenten wurde mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion über beide Punkte war lebhaft. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Vorsitzende der leider zu früh verstorbenen Genossin Johrer, die Anwesenden bitten ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Das Interzesse der Stadt hatte eine sehr schwache Beteiligung, denn noch nicht zehn Frauen und Mädchen waren zur Stelle. Trotzdem kam mit Unterstützung des Genossen Philipp eine recht lebhaftere Debatte über Fragen der Kindererziehung zu Stande, die auch den Beschluß zeitigte, in Kürze für das Interzesse der Stadt einen Frauen-Abend zu veranstalten, zu dem alle Mitglieder persönlich eingeladen werden sollten. Es wird sicher auch bringender sein werden.

Kindererziehung und Gemeindefürsorge.

Eine Entscheidung, die für die Gemeindefürsorge in der Stadt und Land von großer Wichtigkeit ist, hat dieser Tage das Oberverwaltungsgericht gegen den Gemeindevorstand eines schlesischen Dorfes gefällt.

Die Motive zum preussischen Einkommensteuergesetz vom 26. Mai 1909 hat u. a. in das Gesetz durch § 20a folgende Bestimmung hineingebracht: Die in den §§ 19 und 20 gewählten Ermäßigungen sind bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke außer Betracht zu lassen. Der Gehaltszuschuß (Steuerschatz) waren für das Steuerjahr 1909 mit einem tatsächlichen Einkommen von mehr als 660 Mark herangezogen worden. Wegen ihrer Kinderzahl kam ihnen jedoch die Steuerermäßigung aus § 19 des Einkommensteuergesetzes zugute. Sie wurden deshalb nur nach einem Jahreseinkommen von 660 Mark und weniger zu den Gemeindeabgaben herangezogen. Das nahm der Gemeindevorstand vom Beigeordneten zum Anlaß, sie nicht in die gemäß § 39 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 zu führende Liste der Gemeindeglieder aufzunehmen, denen das Gemeinderat zugehört. Er ging davon aus, daß nach § 41 eine der Voraussetzungen des Gemeinderats die Heranziehung zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark sei, während die Mütter tatsächlich nach einem geringeren Einkommen herangezogen seien.

Da das Gemeinderat zugleich das Stimmrecht umfaßt, so erhoben Frau und Genossen nach vergeblichem Einspruch bei der Gemeindevorstandung die Mängel im Verwaltungsverfahren, mit dem Antrage, sie in die Gemeindegliederliste aufzunehmen. Die Frau mit einem tatsächlichen Einkommen von mehr als 660 Mark beantragt und nach einem geringeren nur wegen ihrer Kinder infolge Ermäßigung nach § 19 des Einkommensteuergesetzes herangezogen worden. Da diese Ermäßigung aber nach dem zitierten § 20a des Einkommensteuergesetzes bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke außer Betracht zu lassen sei, so hätte der Gemeindevorstand beim Gemeinderat die Heranziehung zur Gemeindegliederliste, nicht aber die erst durch diese Ermäßigung ermöglichte geringere Heranziehung zur Grundlage ihres Pandebelnges nehmen müssen. Danach hätten sie aber als Gemeindeglieder in die Liste aufgenommen werden müssen, denn der veranlagte Betrag genügt an sich dem gesetzlichen Erfordernis.

Der Kreisamtsrat und der Bezirksamtsrat wiesen jedoch die Mängel ab. Sie ersuchten die tatsächliche Heranziehung zur

gültig. Er ging in Wien zu einem katholischen Priester, der ihn nach Deutschland begleitete und dort einem Straßflorist zuführte. In seinem Abschiedsbriefe an seine Gattin schreibt er folgendes:

Mein Verhalten hat zur Folge, daß ich bedeutend länger in Wien verweilen muß als ich ursprünglich geglaubt habe. Ich bin mir nicht möglich, nach möglichst auch nicht erlaubt, Genaueres über meine zukünftigen Tage zu berichten, zum Teil weiß ich es selbst noch nicht. Aber ich bin überzeugt, daß meine der Tage wiederzukommen wird, die das schöne Wien mir brachte, und daß ich meine letzte Kraft erzeuge, bis zu dem, was meine Herr... Mein Erdringend ist zerschelt, ich bin jetzt da, auf Erden zu stehen.

Angeblieh soll sich Reichardt jetzt in dem Priesterhause aufhalten, das in dem Wallfahrtsort Kapuziner in Ober-Schlesien auf dem Kapellenberg steht und von dem Franziskanerorden unterhalten wird. Seine Gattin ist es bisher unmöglich gewesen, Verbindungen mit ihm zu erhalten. Beide sind jähliche Staatsangehörige, was man erwartet in Sanfter, wo der Fall lehrhaft besprochen wird, daß die böhmisches Regierung Schritte ins werbe, um die Ehe zu annullieren.

Die heilige, schmerzliche Bekehrung bezeichnet den Fall als ein 'Wiedergeburt der Desillusionierung' und sagt:

Schon Ende Oktober bewachte Reichardt seinen Mann, bis mit der Ehe zu verfahren. Es hat ihn lange, schwere Gemütskämpfe gekostet, bis er den Mann fand. Soll- kommen freiwillig und ohne Zwang zog er sich in ein Priesterhaus zurück und nahm dort freiwillig seinen Abschied. Er war ein junger, die Geliebte zur Verfügung gestellt, damit er die Kontrolle ausüben kann, falls er in dem Priesterhause nicht bleiben will.

Widerstand die 'schlechte' Bekehrung:

Die Ehe ist kirchlich und heilig als zwingend zu betrachten. Nach dem § 63 des preussischen bürgerlichen Gesetzbuches können Eheleute, die schon höhere Ehebände empfangen haben, die vor Erheben der Ehe die kirchliche Eheschließung abgelehnt haben, keine gültigen Eheschließungen abgeben. Der Priester in Eger hatte also die Eheschließung abgelehnt, weil ihm bekannt sein mußte, daß hier die geistliche Eheschließung vorlag.

Über eine nach dem vordereinständigen bürgerlichen Gesetzbuch die Ehe nicht geschlossen, weil sie nicht bei einem Gemeindegliederstand erfolgt ist.

Die Ehe wird durch die Bekehrung bezeugt, der Ehe steht in dem Priesterhause geborgen und die Eheschließung von der Gemeinde abgelehnt. Die Frau behauptet, daß die nach vordereinständigen bürgerlichen Gesetzbuches die Ehe nicht geschlossen, weil sie nach dem bürgerlichen Gesetzbuch nicht geschlossen werden ist.

Der Ehe steht die Bekehrung bezeugt, der Ehe steht in dem Priesterhause geborgen und die Eheschließung von der Gemeinde abgelehnt. Die Frau behauptet, daß die nach vordereinständigen bürgerlichen Gesetzbuches die Ehe nicht geschlossen, weil sie nach dem bürgerlichen Gesetzbuch nicht geschlossen werden ist.

Gemeindesteuer für maßgebend. Für die Aufnahme in die Gemeindegliederliste könnte der § 20a des Einkommensteuergesetzes hier nicht verwendet werden.

Die Mängel liegen beim Ober-Verwaltungs-Gericht in Berlin Revision ein, vor dem die Rechtsanwältin Dr. Roth vertrat. Der Anwalt machte in eingehenden Rechtsausführungen geltend, daß der § 20a des Einkommensteuergesetzes selbstverständlich durchgreifen müsse.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob denn auch die Vorentscheidung auf und entschied, daß die Mängel in die Wählerliste aufzunehmen seien. Der § 19 und 20a des Einkommensteuergesetzes, so wurde ausgeführt, bedeute einen Akt sozialer Fürsorge. Wer eine große Kinderzahl habe, solle Ermäßigungen in der tatsächlichen Heranziehung der Steuern erlangen. Und durch § 20a solle Fürsorge getroffen werden, daß die Ermäßigungen nicht zu einer Verringerung der Wahlrechte führen. Diese Bestimmung sei aber absolut und müsse unter allen Umständen innewirken werden, weil das Gesetz sie nicht beschränkt. In der Landgemeinde sei nun zwar die Grundlage des Stimmrechts das Gemeinderat. Aber das Gemeinderat werde insofern alteriert, daß die, die sonst das Gemeinderat erfüllen, aber infolge des Kinderseins nicht so viel Steuern zahlen, zu Wahlzwecken zugelassen werden müssen. Daran ergibt sich die Entscheidung.

Wir haben erst jüngst wieder betont müssen, daß manche Gemeindevorstände von der Aufnahme der Familienväter in die Wählerliste nichts wissen wollen. Gestützt auf diese Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wollen und müssen wir ihnen begreiflich machen, daß sie im Unrecht sind. Wir empfehlen allen tätigen Genossen, die Entscheidung, die gerade zur rechten Zeit kommt, gut aufzubewahren, damit sie den Gemeindevorständen in den Städten und Dörfern, wenn nötig, jederzeit vorgelegt werden kann.

Die Fleischsteuerung

folll in diesem Jahre noch schlimmer werden. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Viehhändler äußerte, wie die 'Deutsche Fleisch-Zeitung' meldet, am Dienstag in einer außerordentlichen zu Köln abgehaltenen Generalversammlung, das Jahr 1911 werde eine Fleischsteuerung bringen, wie sie noch nicht dagewesen sei. Schweine würden mit Rücksicht auf die hohen Kartoffelpreise nicht zur Mästung angekauft und Weidenfleisch sei überhaupt nicht zu erlangen. Also die Lebensmittel des Volkes wird sich noch mehr verschlechtern. Gutes Fleisch kann sich der Arbeiter schon jetzt nicht kaufen; später wird er auch das schlechteste Fleisch nicht in den Mund stecken können. So will es unsere herrliche Wirtschaftspolitik!

Vertrauensärzte.

Wir teilen kürzlich mit, daß auch für das Jahr 1911 wieder die Herren Dr. Bogatsch und Stempel als Sachverständige des Schiedsgerichts für Arbeiter-Versicherung auf der Kronprinzenstraße gewählt worden sind, obwohl sie außerdem für die Berufsgenossenschaften als ärztliche Gutachter tätig sind.

Aus Berlin, wo die Verlegen und Invaliden mit manchen Schiedsgerichts-Angelegenheiten nicht minder üble Erfahrungen wie in Breslau gemacht haben, wird jetzt gemeldet, daß die Arbeiter-Beisitzer bei der Wahl der Sachverständigen gegen die bisherige Praxis Widerspruch erhoben. Sie brachten ihre aus reicher Erfahrung geschöpfte Ansicht über die Unzulänglichkeit der bisherigen Vertrauensärzte scharf zum Ausdruck. Die Arbeiter-Beisitzer lehnten es ab, den größeren Teil dieser Herrenwiederzuwählen und schlugen auf dem Gebiet der Unfallprognose bewährte andere Ärzte als Vertrauensärzte vor. Aber ihr Vorschlag wurde vom Vorsitzenden und den Arbeitgeber-Beisitzern zurückgewiesen. Hierher ist immerhin deutlich zu erkennen gegeben worden, daß die das Vertrauen der Arbeiter-Beisitzer nicht besitzen. Und dennoch sind sie zu Vertrauensärzten bestellt! Vertrauensärzte ohne Vertrauen der Arbeiter und der Arbeitervertreter, solche Ärzte hat der Gesetzgeber bei Schaffung des Gesetzes gewiß nicht im Auge gehabt.

Es ist nötig, daß auch den Herren Bogatsch und Stempel im nächsten Jahre von den Arbeiter-Beisitzern beiderseitig wird, daß sie das Vertrauen der Arbeiter nicht haben.

Wie traurig die schlesischen Landarbeiter gestellt sind.

ist bekannt. Eine Befragung dieser Tatsache hat dieser Tage die Landwirtschaftskammer Schlesiens selbst geliefert. In ihrer Plenarsitzung am Sonntag sprachen die Herren Agrarier auch über die Versorgung mit ausländischen Arbeitern durch den Arbeitsnachweis, wobei sie selbst berichten mußten, daß der Kontraktbruch in 4050 Fällen vorgekommen ist; früher ist es noch schlimmer gewesen. Die ausländischen Landarbeiter lassen sich gewiß noch mehr als die einheimischen gefallen. Wie schlimm muß es ihnen bei den schlesischen Junkern ergehen, wenn sie zu vielen Tausenden davonlaufen!

An Eltern und Vormünder. Aus dem Kreise der Auswanderer wird uns geschrieben: Mit dem herannahenden Sommer kommt die Zeit, wo die Schule erntewirtschaftlichen Studien den Kindern zugeführt werden, die darauf für sie die Ausreise bieten sollen, zunächst sich selbst vorzulassen zu sehen, die in früheren Jahren aber auch so reichlich in die Welt hinaus geschickt wurden. Der Schaden vor allem in eine Zeitschleife zu bringen, welche 1. die Gewinne dafür brüht, daß ihm die nötige Ausbildung und nötige Ausbildung zumutet wird, und die 2. ihm eine Ermäßigung für die höhere Schulzeit garantiert. Punkt 1 wird sich nur dann für den Schüler ergeben, wenn er in eine Zeitschleife kommt, in der die Zeitschleife zu der der Gehilfen in einem gewissen Verhältnis steht, und wo demnach Strafen nachsehen sind, die den Lohnern in jedem Jahr zu Seite stehen; dort, wo die Zeitschleife in der Zeitschleife aber fast nur Zeitschleife nachsehen sind, wird es sich nur um eine einseitige Ausbildung für möglichst frühzeitigen Gewinn zu der Arbeitskraft des Schülers handeln, um ihm nach herabder Zeitschleife als unzulänglichen Schülern für rascher und leistungslos zu erlösen, damit sich für einen neuen Zeitschleife gewonnen ist.

Um diesen verwerflichen Schwestern im eigenen Interesse entgegenzutreten, hat sich der Auswanderer die Befreiung der Eltern und Schülern werden und zu erklären, daß für die Befreiung die gleiche Befreiung den Eltern zumutet in den Befreiung der Eltern haben sollen, die in anderen Ländern geltend haben, wenn immer 1. den deutschen Auswanderer beim Ausreise der Deutschen Auswanderer durch eine schriftliche Erklärung

zung anerkannt haben, und bei welchen 2. die Befreiung Linz a.d. R. der im deutschen Buchdrucker-Larische aufgestellt ist, die Linz a.d. R. entfällt.

Für Eltern oder Vormünder entsteht nun die Pflicht, falls sie Kraben dem Buchdruckerberuf zuzuführen wollen, sich um die allen Umständen zu vergewissern, daß der Lehrling zu den deutschen Buchdruckerlarische anerkannt hat; beachten sie die nicht, so können sie sich des Vorwurfs nicht erweichen, über die Zukunft ihres Kindes in leichtfertiger Weise verfügt und diese das spätere Fortkommen in bedeutlicher Weise erschwert, wenn nicht ganz zerstört zu haben. Die eingetragte Lehrstelle im Buchdruckerberuf wird streng darauf achten, daß die Schulmaßnahme gegen unzulässige Konkurrenz und Lehrlingszucht streng gehandhabt wird, und ermahnt deshalb Eltern und Vormünder eindringlich zur Vorsicht bei Annahme der Lehrlinge zum Buchdruckerberuf. Bestehe Aussicht hierüber wird an der in Infinitum angegebenen Stelle erteilt.

Wegen Verleumdung der Staatsanwaltschaft.

Breslau und verurteilt in der hiesigen Polizei ist Genosse Albert im September 1910 von der ersten Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden; seine Revision dagegen hat das Reichsgericht in Leipzig am 24. Januar verworfen.

Wegen der Erbarbeiten zum Bau der Güter-Verbindungsbahn von Groß-Mochern nach Mochern.

wird der öffentliche Weg von Maria-Schöben nach Schmiedefeld vom 15. März bis 15. August für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Wegen der Landgerichtsanwälte. Am 23. Januar wurde in Wiesener Hotel die zweite Versammlung des Vereins der Landgerichtsanwälte im laufenden Jahre abgehalten. Es wurde über die Errichtung einer Fachschule zur besseren Ausbildung der Rechtsanwaltschaften beraten und die Errichtung einer Fachschule durch den Verein der Landgerichtsanwälte grundsätzlich beschlossen. Die Einzelregelung der Fachschule soll zunächst von einer Kommission vorbereitet werden, von Vertretern des Vereins der Rechtsanwaltschaften, dem Oberlandesgericht und Vertretern des Bureauvereins. Eine gemeinschaftliche Vertretung hinzugezogen werden sollen. Es wurde über die Form und Ziele des Wirtschaftlichen Verbandes deutscher Rechtsanwaltschaften und über den Internationalen Anwaltsverband zu Wien Bericht erstattet.

Was kostet die Vollstreckung einer Todesurteilung? Ueber diese Frage sind im Publikum die verschiedenartigsten Ansichten verbreitet. Besonders wird die Frage, wieviel der Scharfrichter für die Vollstreckung der Vollstreckung erhält, sehr eifrig diskutiert und die Antworten lauten sehr abweichend. Die 'Pol. Ztg.' ist in der Lage, hier manches zu berichten. So hat der Scharfrichter Schwick aus Breslau für die Hinrichtung der beiden Randaubender Mosinski und Goppel insgesamt 478 Mk. von der Poener Gerichtsliste ausbezahlt bekommen. Diese Summe setzt sich zusammen aus 200 Mk. für den Akt der Enthauptung, also 100 Mk. für den Kopf. Die Entschädigung ist sehr reichhaltig ohne Rücksicht auf die Anzahl der gleichzeitig zu vollstreckenden Todesurteile. Jeder Schliche erhält einen Lohn von 20 Mk. pro Tag. Errechnen werden, da sie bereits am Tage vor der Hinrichtung am Exekutionort erscheinen müssen. Jedes 2 Tage, sodas auf jeden Schliche 40 Mk. entfallen. Die beiden Tagelöhner erhält neben der vorbezeichneten Entschädigung auch der Scharfrichter. Außerdem hat jeder der Beteiligten Anspruch auf Uebernachtragsgeld und erhält je nach 3. Klasse vom Wohnort nach dem Exekutionort, sowie Transportkosten, wie sie Unterbeamten zustehen. Der Rest sind die Transportkosten für den Transport des Richters, Aufstellen und Reinigen.

Wer trägt die Kosten eines anwaltlichen Mahnschreibens? Sehr oft pflegt man dünne Käser, um Rücksicht zu brauchen und um nicht sofort zu prozeffieren, durch einen Rechtsanwalt brieflich zu mahnen, das heißt zur Zahlung auffordern zu lassen, unter der Androhung, daß sonst Klage eingereicht werden würde. Das Schreiben kostet natürlich Gebühren und Porto, und gemeinhin wird dann verlangt, daß die Kosten dem Schuldner auszubilden. Das Landgericht in A. hat nun entschieden, daß der Schuldner diese Kosten nicht zu tragen braucht. Denn die briefliche Mahnung ist nur der Ausdruck eines Versuchs des Gläubigers, auf gültige Weise zu seinem Gelde zu kommen. Er konnte den Brief selbst schreiben. Die er ihn, vielleicht um einen wirklicheren Eindruck zu erzielen, durch einen Anwalt schreiben, so muß er auch die Kosten hierfür tragen.

Unfallversicherung für Schulkinder. Die Gemeindevertretung von Friedenau, so schreibt die Kommunale Praxis, beschäftigt sich zurzeit mit der wichtigen Frage, ob die Volksschulkinder auf kommunale Kosten gegen die Folgen von Unfällen zu versichern seien. Den äusseren Anlaß zu diesem Vorhaben mag bei Berlin der Unfall gegeben haben, daß im benachbarten Wilmerdorf ein Gymnasiast beim Schneespielen auf dem Schutthof zu verlegt worden ist, daß die Eltern zu seiner Wiederherstellung 4000 Mark aufwenden mußten. Ein Versuch an die Stadterordneten-Vertretung zu machen, ihnen einen Teil der Kosten zu ersetzen, wurde der Konsequenzen wegen abgelehnt; und die einzige gute Folge des Unfalls war, daß eine freiwillige Versicherung die meisten Eltern vor einer ähnlichen Vermögensschädigung schützte. Die Vorteile eines ähnlichen Schutzes für die Volksschulkinder und deren Eltern liegen auf der Hand. Da nun aber die Eltern vielfach nicht in der Lage sind, eine solche Versicherung einzugehen, so hält der Gemeindevorstand von Friedenau es für eine unabweisbare Pflicht der Kommune, hier helfend einzugreifen und die Prämienzahlung aus ihren eigenen Mitteln zu leisten. Eine solche Massenversicherung kommt nicht allzu teuer. Zwei große Gesellschaften haben sich bereit erklärt, gegen eine jährliche Prämie von 50 Pf. für jedes Schulkind im Falle eines Unfalls 2,50 Mk. tägliche Entschädigung sowie im Falle des Todes 1500 Mk. und im Falle der Invalidität bis zu 5000 Mk. zu zahlen.

Die Gesellschaften wollen auch die Schüler höherer Lehranstalten zu denselben Bedingungen versichern, wenn ihnen die von den Eltern zu zahlenden Prämien durch Vermittlung der Direktoren zugehen.

Verkauft Wurst.

Im Juni v. Js. hatte eine Frau in der Breslauer Filiale der Berliner Firma Gebro Perle (Kilolaistraße 73) ein Pfund Wurst für 60 Pfennige gekauft, die nicht zu genießen war. Dem Manne der Frau, der nur den Versuch gemacht hatte, ein Stückchen zu essen, wurde übel. Der damalige Filialleiter Herr Jahny nahm aber die verkaufte Wurst nicht zurück und gab auch das Geld nicht wieder heraus. Die Frau überbrachte die Wurst der Polizei, worauf ein Beamter ein halbes Pfund von derselben Wurst kaufte und sie dem Gesundheitsamt überwies. In der schöffengerichtlichen Verhandlung im Dezember befand die Sachverständige, daß die Wurst zwei bis drei Jahre alt gewesen sein muß. Herr Jahny wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, sein Chef, weil er seinerzeit auf Meinen war, freigesprochen. Hiergegen hatte Jahny Berufung eingelegt. Er selbst war, da er nicht mehr in Breslau ist, vom Erscheinen im Termin entbunden. Sein Vertreter machte geltend, daß Jahny von der Fabrikation nichts versteht, außerdem habe Perle einen Kontrolleur mit der Heberwachung der Wurstwaren betraut gehabt. Der Angeklagte habe nicht gewußt, daß die Wurst gesundheitsgefährlich ist. Sie habe wohl ungenießbar, nicht besonders gut ausgefallen, das sei aber nur ein Schönheitsfehler gewesen. Der Anwalt verteidigt den Chef Perle zu machen, der schon mehrmals wegen Nahrungsmittelfälschung bestraft sei. Dieser wälze aber die Schuld auf andere, so auch auf Jahny, der ganze 100 Mark Gehalt monatlich als Filialleiter bezogen habe. Der Kontrolleur behauptete, daß er vor 7 Jahren einmal bei Perle angeestellt war, die Kontrolle aber zu dieser Zeit ohne jede Vergütung hin und wieder ausgeübt habe. Der Sachverständige behauptete, diesmal wieder, daß die Wurst alte verlegene Ware gewesen sei, die hochgradige Fäulnis der Fettsubstanzen aufgewiesen habe. Das Gericht verwurft deshalb die Berufung, so daß Jahny 50 Mark bezahlen muß. Der eigentliche Verkäufer der verkauften Wurst Herr Perle ist nun auch diesmal frei aus.

Auf zur Agitation!

Einige Stunden des nächsten Sonntags sollen der Werbearbeit gewidmet sein, denn es gilt eine gemeinsame Hausagitation vorzunehmen. Die beste Rüstung zum Reichstagswahlkampf ist die Stärkung unserer politischen Organisation und die weiteste Verbreitung unserer Presse, der "Volkswacht".

Deshalb ergeht an alle Genossen und Genossinnen der Ruf, sich am Sonntag, den 20. Januar, von früh 7 1/2 Uhr an zur

Volkswacht- und Mitglieder-Agitation

einzufinden. Unsere tätigen Parteimitglieder treffen sich zur angegebenen Zeit in den folgenden Bezirkslokalen, wo das Material ausgegeben wird:

- Distrikt 1 (Gaby) Kronprinzenstraße 44.
2 (Sauerbrunn) Auguststraße 19.
3 (Gräßlicher Vorstadt südlich) Dewalstraße 12.
3a (nördlich) Siebenhufenstraße 19.
4 (Nikolaitor) Leutenstraße 8.
6 (nördlich) Andersenstraße 10.
7 (Leutenstraße) Leutenstraße 62.
8 (Dektor, westlich) Wehlstraße 52/54.
8a (Westfälische) Westfälische 6.
9 (Südlich) Matthiaststraße 140.
9a (Südlich) Endstraße 6.
10 (Südlich) Döllingerstraße 15.
11 (Michaelistor) Michaeliststraße 28.
12 (Südlich) Paulstraße 42.
13 (Südlich) Kirchstraße 68.
14 (Döllinger Tor, östlich) Königin-Auguste-Platz 10.
15 (Döllinger Tor, westlich) Margaretenstraße 17.
16 (Südlich) Döllingerstraße 80.
16a (Döllinger Tor) Döllingerstraße 70.
17 (Südlich) Döllingerstraße 99.
17a (Südlich) Sabowaststraße 8.
18 (Innerer Stadt, östlich) Kupferstraße 21.
19 (Westlich) Kupferstraße 21.
Lanz-Distrikt 6 (Böpelwitz) Brunnstraße 14.
14 (Dersda) Schönstraße 21.

Also vollzählig an die Arbeit! Je mehr Volkswacht-Abonnenten und Parteimitglieder wir haben, um so sicherer ist unser Sieg bei den Reichstagswahlen. Wenn hunderte von Genossen und Genossinnen am Sonntag nur eine Stunde oder zwei von Haus zu Haus gehen und arbeiten, müssen wir mehrere hundert neue Volkswacht-Leser und Mitglieder gewinnen.

Der Streit am Ochsenkopftunnel bei Dittersbach ist nach dreitägiger Dauer beendet worden. Wie gemeldet, erfolgte die Arbeitseinstellung wegen einer zehnprozentigen Lohnreduzierung. Nachdem diese Maßnahme zurückgezogen und einige andere Wünsche berücksichtigt wurden, beschlossen die Streikenden in einer vollzähligen Versammlung nach einem Referat des Gauvorsitzenden des Deutschen Bauarbeitersverbandes, ebenso einstimmig, wie sie die Arbeit niedergelegt, deren Wiederaufnahme. Hervorzuheben ist die gute Disziplin der Streikenden, willig vertrauen sich die zumeist italienischen und kroatischen Arbeiter der Führung der deutschen Organisationsleitung an und weitestgehend mit den Einheimischen in treuer Pflichterfüllung. Etwas Derartiges hatte man bei der Verhängung der Lohnreduzierung nicht erwartet. Erhebend war es, am Schlusse der letzten Streikversammlung das begeisterte aufgenommene Echo auf die internationale Arbeiterbewegung mit anzuhören. Wenn an allen Orten die Arbeiter der verschiedenen Nationen sich so verstehen werden wie hier, dann ist die internationale Solidarität keine leere Phrase mehr.

Der Reichsstarif für das Malerergewerbe. Der Ausschuss hat im Antrag des Malermeisters Schumann in Oberitalien Ratenschluss im Hinblick auf die anstehenden. Daraus ist eine Lohnbestimmung entstanden. Dem Gehältern ist der tarifliche Lohn nicht aufgezahlt worden. Er kamte wegen eines Lohnverlustes von 14 Mt. Der Vorsitzende des Malerverbandes, A. Aam, der als Sachverständiger vernommen wurde, beklagte das Ratenschluss mit Ratenschluss mit 20 Prozent Lohnzuschlag nach dem Reichsstarif beabachtet werden. Das ist wohl richtig", erklärte der Vorsitzende, "aber der Kläger habe freiwillig an den Zuschlag Verzicht geleistet. Die Abrechnung sollte unter uns bleiben." "Solche besondere Vereinbarungen sind unstatthaft", erklärte der Vorsitzende Dr. Brauerlein. "Ausschüttelung befragt der Reichsstarif, daß besondere Abmachungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zulässig sind. Der Streit endete mit einem Vergleich. Der Kläger erhält 15 Mt."

Die Entschädigung aus dem Gefängnis. Eine eigenartige Streikgeschichte wurde in der Sitzung vom 26. d. Mt. verhandelt. Der Hausbesitzer Müller war wegen Körperverletzung angeklagt. Er wurde ins Polizeigefängnis zum Verhör geladen und von dort ins Untersuchungsgefängnis wegen Flußverderbens geschickt. Er bat den aufsichtsführenden Beamten, er möge ihm doch erlauben, an die Firma Wiener u. Bagatz, wo er in Stellung sei, an telephonieren, um sich wegen seines Ausbleibens zu entschuldigen, weil er sonst entlassen werden würde. Der Beamte erklärte dem Insabstanzten, daß er ihm hierzu die Erlaubnis nicht erteilen könne. Auf dieses Bittgebet übernahm es der Beamte selbst, zu telephonieren. Den Grund des Ausbleibens gab der Beamte nicht an, auch nicht, daß W. sich im Gefängnis befinde. Nach zwei Tagen wurde W. aus der Haft entlassen, weil die Sache gar nicht so schwerwiegend war. Nach der Entlassung begab er sich sofort ins Gefängnis, wurde aber entlassen. Der Schneider sagte der Firma an Zahlung einer Entschädigung von 43 Mt. Der Beklagte wies auf die Forderung an, daß er nicht über sein Verbleiben vom Gefängnis fahrlässig Angaben gemacht hätte. Der Beamte hatte telephoniert, W. sei schwer erkrankt. Der Beamte, der als Zeuge vernommen wurde, sagte aus, daß er telephoniert habe, W. sei verhindert an kommen. Er sei allerdings gefragt worden, was um W. verhindert sei, darauf habe er keine Antwort gegeben, sondern Schluss gemacht. Der Beklagte blieb jedoch bei der Behauptung, es sei telephoniert worden, W. sei schwer erkrankt. Uebrigens hätte der Kläger die Wahrheit sagen müssen, daß er inhaftiert worden sei. Kläger hat das aus Furcht vor der Entlassung verschwiegen. Das Gewerbegericht hielt die Entlassung für nicht berechtigt und hielt einen Vergleich als angebracht. Der Kläger erhielt als Abfindung 26 Mt.

An alle die, die Buchbinderarbeiten zu vergeben haben, richten wir die dringende Bitte, folgende Firmen zu berücksichtigen, die den Tarif der Buchbinder anerkannt haben, der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern vereinbart worden ist: K. Hoff, Hegengasse 5, B. Haege Nachf., Fr. Großschmiede 5, H. B. Haege (Haege), Herrmannstraße 20, W. Dene, Stodgasse 18, Carl Müller, Balmstraße 5, B. Haege, Schwärzer 26, Ernst Gottwald, Sellge, Wehlstraße 19, Ulrich Wintermann, Domänenplatz, Franz Müller, Schmeldestraße 64, Franz Müller, Ruchstraße 5, B. Leopold, Döllingerstraße 48, W. H. Haege, Döllingerstraße 24, Hermann Haege, Neumarkt 19, R. Haege, Neustädtelstraße 67, Amalie Döllinger, Döllingerstraße 23 1/2, S. Haege, Döllingerstraße 11, Haege u. Co., Döllingerstraße 40, D. Haege, Döllingerstraße 24, Leber u. Haege, Döllingerstraße 24, Haege, Döllingerstraße 24, Kuban, Döllingerstraße 45, Hermann u. Friese, Döllingerstraße 17/21,

Benno Ansbach, Sonnenstraße 2, Paul Bredello, Karlsstraße 40, Wollke u. Haudorf, Neustädtelstraße 7, Rathenau u. Unger, Augustastr. 80, Paul Krause, Langschloßgasse 8.

Nicht unterschrieben haben den Tarif bis jetzt: Conrad, Paradiesstraße 26, Drabinski, Nitterbusch 1, Siebia, Semmlingstraße 9, Behauer, Nitterbusch 11, Glöckner, Nitterbusch 8/9, Drossel, Oberstraße 18-19, Herbstheim, Nitterbusch 10, Komrad, Nitterbusch 11, Nitterbusch, Nitterbusch 10, Nitterbusch, Nitterbusch 11 und Nitterbusch, Nitterbusch 8/9, Schräder, Nitterbusch 11 und Nitterbusch, Nitterbusch 8/9.

Die Ortsverwaltung Breslau des Buchbinder-Verbandes. Metallarbeiter-Verband. Die für Sonntag, den 20. Januar, geplante Bauanschlagerversammlung fällt aus.

Zentralgraphen. Heute Donnerstag Abends 8 1/2 Uhr: Wichtige Mitglieder-Versammlung im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das dritte Quartal 1910/11, 2. Bericht und Abrechnung über das Stützungssest, 3. Bundesangelegenheiten und Beschlüsse. Das Erscheinen jedes Einzelnen ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Volksvorstellungen des Humboldt-Vereins. Als Vorkellung für Kinderermittelte wird Donnerstag, den 2. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater Grillparzer's "Cappho" gegeben werden. Anmeldungen auf Eintrittskarten sind — nur schriftlich — an Herrn Eugen S. Bernhardt, VII, Sabowaststraße 66, hpt., zu richten, bei dem Mittwoch, den 1. Februar, Vormittags 10-11 Uhr (nur zu dieser Zeit) die Ausgabe der zuerteilten Eintrittskarten stattfinden wird.

Stadt-Theater. Donnerstag "Fidelio". — Freitag "Lobengrin". (Anfang 7 Uhr). — Sonnabend "Aida". — Sonntag findet ein Gastspiel von Fr. Marcarate Stems von der königlichen Hofoper in Dresden statt. Zur Aufführung gelangt "Der Tronbachor" mit Fr. Stems als Leonore. Den Schluss des Abends bildet "Cavalleria rusticana". **Sob-theater.** Donnerstag "Das Ruffantenmüdel". — Freitag "Zigeunerliebe". — Sonnabend und Sonntag "Das Ruffantenmüdel". Sonntag Nachmittag zu kleinen Preisen "Der Walzertraum".

Thalia-Theater. Heute Donnerstag für Mitglieder des Humboldtvereins (blaue Karten). Die delegierten Studenten. — Freitag für Gruppe II, "Nora". — Sonnabend für Mitglieder des Humboldtvereins (graue Karten) "Kabale und Liebe". — Sonntag "Der Bibliothekar". **Breslauer Schauspielhaus.** Donnerstag und Sonntag: "Kreolenblut". — Freitag Nachmittag, sowie Sonntag Nachmittag, bei ermäßigten Preisen: "Die Leinwand". — Freitag Abends: "Hans, der Flötenspieler". — Sonnabend Nachmittag, als Kindervorstellung bei besonders kleinen Preisen: "Die goldene Märchenwelt". Abends: "Duo vadis".

Töblicher Unfall bei der südlichen Straßenbahn Gestern Abend um 8 1/2 Uhr ist auf dem Bahnhof der südlichen Straßenbahn auf der Lohstraße der 36 Jahre alte unverheiratete Hilfskassier Bildt tödlich verunglückt. B. sollte den von ihm bedienten Anhängewagen nach der Wagenhalle schaffen; dabei getiet er zwischen das Tor der Wagenhalle und den Wagen und erlitt harte Quetschungen. Der Brustkasten wurde dem Manne eingedrückt; außerdem ist der eine Arm zweimal, der andere einmal gebrochen worden. Bildt war, nachdem er noch einen Schmerzensschrei ausgestoßen hatte, sofort tot; er wurde nach dem Wenzel Sanftleben Krankenhaus geschafft, wo die Ärzte aber nur den Tod feststellen konnten.

Vermißt wird der 7 Jahre alte Kaufmann Viktor von Nager, der Bronkauerstraße 56 wohnhaft gewesen ist. Er ist am 3. d. Mt. angeblich nach Berlin gereist, dort aber nicht eingetroffen und seitdem verschollen.

Vermißt wird die Schülerin Gretud Schumann aus Klein-Gandau. Das 14jährige Mädchen hat am Dienstag Mittag die dortige Schule verlassen, ist aber in das Elternhaus nicht zurückgekehrt.

Diebstahl von Leitungsdraht. Seit dem 11. Januar sind wiederum aus den verschiedenen Telefonleitungen der Umgebung von Breslau größere Teile von Leitungsdraht herausgeschnitten und gestohlen worden. Ebenso sind in der Nacht zum 21. d. Mt. aus der an der Krüger-Allee verlaufenden Fernsprechklinie am Militärfriedhof drei Leitungsdraht von je fünfzig Metern Länge abgesehen und entwendet worden.

Ein Einbruch ist in der Nacht zu Montag in dem Hause Taschenstraße 12 ausgeführt worden. Aus dem dortigen Zigarettengeschäft hat der Dieb etwa 20 Mark bares Geld und für etwa 100 Mark Zigarettentabak entwendet. Von den Tätern sieht jede Spur. In die Niederlage der Klingenberger Hüttenwerkefabrik ist in der Nacht zum Dienstag eingebrochen worden. Geld und Wertgegenstände waren nicht zu finden; der Dieb hätte deshalb seine Taschen mit Platinet, Schokoladentafeln und anderen Süßigkeiten.

Gefunden wurden: Zwei Portemonnaies mit Inhalt, drei Bunteisen, eine schwarze Bode, drei Schlüssel, eine Notenmappe und ein paar Filzschuhe.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

An die Parteigenossen in den Landgemeinden!

Die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen liegen nur noch bis zum 30. Januar aus. Wer sich noch nicht überzeugt, ob sein Name in der Liste eingetragen ist, muß das nun unverzüglich tun. Einzelne Gemeindevorsteher scheinen sich auch jetzt noch nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut gemacht zu haben und lehnen die Aufnahme von Familienvätern in die Wählerliste ab mit der Begründung, daß sie zu wenig Steuern zahlen. Da die Befürchtung besteht, daß auch anderswo ähnlich verfahren wird, so wollen sich die Genossen gegen solche mißverständliche Auffassung des Kinderprivilegs wenden und immer auf den § 20a. des Einwohnereinkommensteuergesetzes hinweisen. Nicht die wirklich bezahlte Steuer, sondern alle die über 630 Mt. jährlich verdienen, haben das Wahlrecht. Wer in der Wählerliste fehlt, erhebe Einspruch beim Gemeindevorsteher und beantrage seine Eintragung.

Die Parteigenossen der Wahlkreise des Bezirks Ober-Langschloßau wenden sich an den Genossen W. Schenkewald, Neurode, Slagerstraße 19; von ihm wird alles Notwendige veranlaßt werden.

Neueste Nachrichten.

Konservativer Vogelott.

Berlin, 26. Januar. Die konservative und die frei-konservative Fraktion haben dem Vorsitzenden des Seniors-Komites im Abgeordnetenhaus mitgeteilt, daß beide Fraktionen sich mit Rücksicht auf das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten bis auf weiteres an den Verhandlungen des Seniors-Komites nicht beteiligen könnten, weil sie jedes nicht durch die Geschäftsräume gebotene Zusammenwirken mit diesen Abgeordneten ablehnen müßten.

Die Reichstagen, die den Clara v. Oldenburg unter sich haben, sind natürlich berechtigt, so planmäßig aufzutreten.

Singer schwer erkrankt?

Berlin, 26. Januar. Das Verlangen der an einer Brust- und Nervenleiden erkrankten Sängerin Singer wird bei der "Köl" als hoffnungslos betrachtet. — Der "Volksrecht" hat im Senatsbesatz gestern noch beruhigende Erklärungen abgegeben.

Fassermann aufgeheult!

Zaarbrücken, 26. Januar. Die zahlreich besuchte Vertreterversammlung des hiesigen Nationalliberalen Vereins nahm einstimmig den Vorschlag einer Kandidatur Fassermann an, so daß die Proklamierung dieser Kandidatur in der sachgemäßesten zweiten Vertreterversammlung, die am 22. Februar stattfindet, gesichert ist.

Veendeter Studentenstreik.

Hannover, 26. Januar. Der Studentenstreik an der Tierärztlichen Hochschule in Hannover ist gestern beendet worden und die Vorlesungen sind heute wieder ausgenommen worden.

Drohende Ausperrung in der Färbereiindustrie.

Krefeld, 26. Januar. Die Arbeitgeber drohen für heute die Ausperrung sämtlicher Färbearbeiter an, wenn nicht der Engländerstand bis dahin beendet ist.

Vandalismus.

Düsseldorf, 26. Januar. Das wertvolle Gemälde "Christus und Barnabas" des Münchener Künstlers Kurt Witt wurde gestern in der Kunstausstellung des Warenhauses Tietz durch Schüttele vollständig zerstört. Der Täter entkam unermittelt.

Der verkehrte Pariser.

Köln, 26. Januar. Seitens der evangelischen Gemeinde Köln wird für kommenden Sonntag eine öffentliche Versammlung einberufen, um dem Pfarrer Jaeho, gegen den beantragt ein Prozeß wegen Irreligionslehre schwebt, in seinem Kampfe für die evangelische Freiheit das Vertrauen seiner Gemeinde und seiner sonstigen zahlreichen Anhänger anzusprechen.

Lebende argentinische Schlachttiere.

Bern, 26. Januar. Im Berner Schlachthaus ist gestern die erste Probendüngung lebender argentinischer Schlachttiere eingetroffen. Die Qualität der Tiere ist sehr gut.

Aus Tolstois literarischem Nachlaß.

Petersburg, 26. Januar. Dem künstlerischen Theater sind außer dem Drama "Leichen" aus dem Nachlaß Tolstois noch zwei Theaterstücke zur Verfügung gestellt worden. Das eine ist eine zweiaktige Komödie mit dem Titel "Alle Eigenschaften stammen von ihm" — gemeint ist der Bräutigam. Die Handlung spielt in einem Dorfe. Das Stück soll vortrefflich geschrieben sein und alle Schreiner in der Tolstoischen Schreibweise besitzen. Das zweite Stück umfaßt eine Reihe von Szenen und Dialoge unter dem Titel "Kinderweisheit".

Grossen, 26. Januar. Die Strafkammer zu Grossen a. d. D. verurteilte gestern den vierzehnjährigen Eigentumslohn Schulte aus Jahnshof, der aus Unvorsichtigkeit seine dreizehnjährige Schwester erschossen hatte, zu zehn Tagen Gefängnis.

Ziefenbach (Niederbayern), 26. Januar. Hier hat ein eifriger Schüler ein auf dem Tische eingebrochene Mädchen mit großer Klugheit und Geistesgegenwart vom sicheren Tode des Ertrinkens gerettet. Er legte sich auf die dünne Tischplatte und kroch auf dem Bauch vorsichtig bis zur Einbruchsstelle, wo er dem Mädchen einen Kodel reichen konnte, an dem sich die Verunfallte festhalten konnte. Dann kroch der kleine Held wieder vorsichtig auf dem Bauche zurück und zog das Mädchen schließlich glücklich auf das feste Land.

Bersammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 26. Januar: Gewerkschaftskartell, Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins, Sozialkommission etc. Kombinierte Bersammlung im Saale.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 2, Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 27. Januar: Vortrags-Kursus im großen Saale.
Sonnabend, den 28. Januar: Maskenball des Lapeziner-Verbandes im Saale. Buchbinder. General-Bersammlung im Zimmer 2. Kupferstube. Abends 8 1/2 Uhr Monats-Bersammlung im Zimmer 3/4.
Sonntag, den 29. Januar: Jugendfeier im Saale.
Zugereit- und Müllenerbeiter-Bersammlung. Vormittags 10 1/2 Uhr im Saale.
Arbeiter-Krankenpflege. Nachmittags 4 Uhr im Billardzimmer.
Maler-Bersammlung. Vormittags 10 1/2 Uhr im Zimmer 2.
Schulbinder. Nachmittags 4 Uhr im Zimmer 2.
Schiffszimmerer. Nachmittags 4 Uhr Bersammlung im Zimmer 3.
Montag, den 30. Januar:
Konsumverein-Generalbersammlung.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor, südlich). Donnerstag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, im Distriktslokal, Neudorfstraße 99, Zusammenkunft aller Mitglieder. Wichtige Tagesordnung.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).

Neumarkt. Sand-Distrikt 8. (Bezirk Neukirch, Maria-Görschen, Klein-Rochberg und Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 3 Uhr, in Schanzenfeld bei Barocke Mitglieder-versammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung Wahl eines Bezirksführers usw.) muß jeder erscheinen.

Sand-Distrikt 13. (Bezirk Rosfelder, Tschandewitz, Repphine, Weigwitz und Umgegend.) Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 11 Uhr, in Tschandewitz im Lokale des Herrn Krause Zusammenkunft sämtlicher Parteigenossen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Parteileiters Müller. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sand-Distrikt 16. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr, Zählabend im Pöckel. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist bringend notwendig.

Sand-Distrikt 18. (Bezirk Herrmannsdorf, Herrmannsdorf, Sandberg und Schandberg.) Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Müller in Dörrenitz wichtige Bersammlung. Alle Genossen werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wolff. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Distriktsführer.

Sand-Distrikt 19. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr, Zählabend im Pöckel. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist bringend notwendig.

Sand-Distrikt 20. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Müller in Dörrenitz wichtige Bersammlung. Alle Genossen werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wolff. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Distriktsführer.

Sand-Distrikt 21. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr, Zählabend im Pöckel. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist bringend notwendig.

Sand-Distrikt 22. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Müller in Dörrenitz wichtige Bersammlung. Alle Genossen werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wolff. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Distriktsführer.

Sand-Distrikt 23. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr, Zählabend im Pöckel. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist bringend notwendig.

Sand-Distrikt 24. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Müller in Dörrenitz wichtige Bersammlung. Alle Genossen werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wolff. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Distriktsführer.

Sand-Distrikt 25. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr, Zählabend im Pöckel. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist bringend notwendig.

Sand-Distrikt 26. (Bezirk 3, Herrmannsdorf). Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Müller in Dörrenitz wichtige Bersammlung. Alle Genossen werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wolff. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Distriktsführer.

